Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

147 (30.6.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13—15, Ruf 3421/25—01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim. Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 147 — Freitag, 30. Juni 1950 — Preis 15 Pfg.

USA-Kriegsmaschine kommt in Korea nicht weiter

Koreanische Volksarmee setzt Vormarsch fort — Die Ausweitung des Überfalls zum dritten Weltkrieg muß durch die Friedenskräfte verhindert werden

Die offene Intervention der USA und der ihr hörigen imperialistischen Trabanten in Korea, der Einsatz von Düsenjägern und Superfestungen gegen das Volk hat nicht vermocht, das Blatt zu wenden. Seoul ist fest in den Händen des demokratischen Volkes und alle Nachrichten der bürgerlichen Presseagenturen, die über das Hauptquartier McArthurs des amerikanischen Oberbefehlshabers laufen, müssen eingestehen, daß die militärischen Streitkräfte des Syngman-Rhee-Regimes trotz ihrer amerikanischen Bewaffnung nichts mehr gegen das aufgestandene koreanische Volk zu bestellen haben. Deshalb wird bereits von Präsident Truman der Einsatz von Landtruppen erwogen und werden die Befehle zur Vorbereitung der Landung erteilt.

Die imperialistischen Juniorpartner der Vereinigten Staaten haben sich beeilt, ihre militärischen Streitkräfte, vor allem Flotte und Luftwaffe im Fernen Osten dem amerikanischen Oberbefehl zu unterstellen.

Eines ist bei den Ereignissen in Korea gewiß: ein Volk, das aufsteht, um seine Freiheit, demokratischen Rechte und nationale Unabhängigkeit kämpft, ist unbesiegbar. Im Fernen Osten hat das chinesische Volk erst in jüngster Vergangenheit erneut den großen geschichtlichen Beweis dafür geliefert, denn seine Freiheit wurde genau gegen die gleichen Kräfte erfochten, die jetzt den Ueberfall auf das koreanische Volk unternahmen.

Man macht sich in den Hauptstädten des Westens kaum mehr die Mühe, den imperialistischen Charakter des unter amerikanischer Führung durchgeführten und vorbereiteten Ueberfall auf Korea zu verschleiern. Dabei drängen sich — bei aller Verschiedenheit der Zeitumstände und der „angewandten Militärtechnik" — zwei Vergleiche mit der Vergangenheit auf. Vor einem halben Jahrhundert haben sich die konkurrierenden Imperialisten der Welt ein Stelldichein gegeben, um den Boxeraufstand in China niederzuschlagen. 1936 fiel Hitler in Spanien zunächst auch mit seiner Luftmacht ein und benützte dabei eine kaum von der heute durch die Imperialisten bei Korea zu unterscheidenden Argumentation.

Von den Tagen des Boxeraufstandes in China über den Einfall Hitlers in Spanien und seiner Entfesselung des zweiten Weltkriegs hat sich vieles in der Welt geändert. Die Macht des Sozialismus, des Friedens, ist unaufhaltsam gewachsen und ein Stein um den anderen wurde von den Völkern aus dem einmal stolzen, brutalen und alles beherrschenden Gebäude des Weltimperialismus ausgebrochen. Die Friedensfront der Welt zählt heute unter der Führung der Sowjetunion 800 Millionen Menschen. Der Weltimperialismus kann nicht mehr ungestraft Völker vergewaltigen. Er muß seine Rechnung bezahlen, wie er sie in den letzten Jahren — um eines der großen geschichtlichen Beispiele zu nennen — in China begleichen mußte. Wenn es dem Weltimperialismus unter der Führung der USA nicht gelingen wird, die militärische Aggression in Korea zum dritten Weltkrieg auszuweiten, dann nicht, weil es den Abenteurern einer wahnwitzigen Kriegspolitik am Willen dazu fehlt, sondern weil die Friedenskräfte in der Welt ihre Anstrengungen verstärken und besonnen der Heraufbeschwörung einer neuerlichen Katastrophe entgegenwirken werden.

Welche Heuchelei liegt in den Pressekommentaren, die zu den verschiedenen Reden der amerikanischen Staatsmänner im Zusammenhang des Korea-Ueberfalls gegeben werden. Truman und Acheson hüteten sich, offiziell davon zu sprechen, daß die Sowjetunion an dem schuld sei, was sie heraufbeschworen haben. Das zu behaupten überlassen sie der „unverantwortlichen" Presse. Der Friedenswille der Sowjetunion wird bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, der verhindern könnte, daß die imperialistische Aggression in Korea nicht zu noch Schlimmerem führe. Die Türen zu sowjetisch-amerikanischem Kontakt auf normalem Wege seien noch nicht völlig zugeschlagen, sagt eine Presseagentur.

Wie dpa berichtet, schrieb die italienische „Unita" einen Leitartikel „Die Gangster", und meint damit — nach dpa — Truman, McArthur, Forster Dulles, Bradley und Johnson. Die „Unita" tut dies anläßlich der Behandlung des Korea-Problems.

Der kommunistische „Daily Worker" in England äußert sich über die Vorgänge dahingehend, daß die Vereinigten Staaten sich das Recht anmaßten, überall einzugreifen, um den Regierungen zu diktieren, was sie zu tun haben, um klarzulegen, daß die militärischen Hilfeleistungen der Briten, Franzosen usw. auf Befehl der USA an unselbständig gewordene Imperialisten erfolgte.

Das Wesen der derzeitigen imperialistischen Politik in der Welt legt die Pariser „Humanité" mit einem einzigen Satz bloß. Sie schreibt: „Die Imperialisten wollen mit Artilleriefeuer und Bomben Korea gegen die Koreaner, Vietnam gegen die Vietnamesen und China gegen die Chinesen „verteidigen".

Für die breite Masse des Volkes in Deutschland wie überall in der Welt genügt es aber nicht nur, das Verderbliche dessen zu durchschauen, was die Imperialisten und Kriegstreiber tun, sondern es gilt, in noch höherem Maße den Kampf gegen das neue Verbrechen, das gegen die Menschheit gerichtet ist, zu führen. Die unmittelbare Aufgabe ist: die Unterschriftensammlung des Weltfriedenskomitees zur Aechtung der Atombombe, zur Erhaltung des Friedens zum Erfolg zu führen und mit aller Macht in jeder Stadt, in jedem Dorf und in jedem Betrieb gegen den imperialistischen Ueberfall in Korea zu protestieren.

Moskaus Antwort: Sicherheitsratsbeschluß ungültig

Die UN-Satzung genau so vergewaltigt wie das koreanische Volk

Moskau. (dpa) Die sowjetische Regierung hat in der Nacht zum Donnerstag den Beschluß des Sicherheitsrats, den UNO-Mitgliedern die Unterstützung Südkoreas zu empfehlen, als unrechtmäßig zurückgewiesen. Der Beschluß war am Mittwoch morgen gefaßt und der sowjetischen Regierung von dem UNO-Generalsekretär Trygve Lie mitgeteilt worden.

In der sowjetischen Antwort an Trygve Lie heißt es: „Die sowjetische Regierung stellt fest, daß die Entschließung mit sechs Stimmen angenommen wurde. Die siebte Ja-Stimme kam von dem Kuomintang-Delegierten Tsiang Ting Fu, der nicht berechtigt ist, China zu vertreten. Nach der UNO-Satzung sind im Sicherheitsrat für Beschlüsse sieben Ja-Stimmen notwendig, darunter die Stimmen der fünf ständigen Ratsmitglieder — die USA, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und China. Es ist auch bekannt, daß zwei ständige Vertreter des Sicherheitsrats — die Sowjetunion und China — abwesend waren, als der Beschluß gefaßt wurde. Nach der UNO-Satzung kann der Sicherheitsrat Beschlüsse über wichtige Fragen nur dann fassen, wenn zwischen allen fünf ständigen Ratsmitgliedern Einstimmigkeit besteht. Daraus geht ganz klar hervor, daß der Beschluß des Sicherheitsrats über das Koreaproblem keine Rechtskraft hat." (nach Tass)

Sowjetunion wird die Menschheit vor drittem Weltkrieg schützen

Moskau. (nach Reuter). Die ausländischen Pressevertreter und Diplomaten in Moskau erklären, daß die Regierung der Sowjetunion die Situation in Korea mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Das amerikanische Vorgehen sei als „direkte Aggression" bezeichnet worden. Die Sowjetunion wünsche keinen Krieg und werde auf eine Weise reagieren, die einen dritten Weltkrieg verhindert. In der Erklärung Trumans über Formosas wird ein kritischer Punkt gesehen, weil zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China ein militärischer Beistandspakt besteht.

Konzernherren beherrschen Schuman-Plan

Ein Kranz von Monopolisten gibt Tips für die Verwirklichung der Union der Kanonenkönige

Bonn. (EB) Wir haben immer wieder behauptet, daß Dr. Adenauer als der politische Geschäftsführer der westdeutschen Schwerindustrie an der Spitze der Bonner Protektoratsverwaltung stehe. Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß es sich beim sogenannten Schuman-Plan um den Versuch zur Schaffung eines westeuropäischen Kohlen- und Stahltrusts handelt, der das gsamte europäische Wirtschaftsleben diktatorisch beherrschen soll in de mRahmen, den die Wallstreet-Banken zulassen. Diese unsere Feststellungen werden durch die jetzt veröffentlichte Zusammensetzung des Bonner wirtschaftstechnischen Ausschusses für den Schuman-Plan vollauf bestätigt.

Vorsitzender des Ausschusses ist der bekannte Kölner Bankier und CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Pferdmenges, der während des Nazikrieges jährlich eine Million Reingewinn machte. Dem Ausschuß gehören weiter an Hermann Abs, in der Nazizeit Beherrscher der Deutschen Bank und entscheidend an der Finanzierung des zweiten Weltkrieges beteiligt, Richard Merton, der Vorsitzende des Vorstandes der der I. G. Farben nahestehenden Metallgesellschaft Frankfurt, maßgebendes Mitglied der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft 1947." Es fehlen nicht die Generaldirektoren Dr. Kost und Dr. Röhlen von der DKBL, die im anglo-amerikanischen Auftrag den Ruhrkohlenbergbau „umorganisierten", unterstützt durch Heinrich Dinkelbach, der den gleichen Auftrag für die westdeutsche Stahlindustrie übernahm. Der Vorsitzende der westdeutschen Unternehmerverbände, Fritz Berg, Altona, wurde von Adenauer nicht vergessen. Der Klöckner-Konzern wird durch seinen Geschäftsführer, den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Günther Henle und Dr. Gerhard Schröder vertreten. Die Vereinigten Stahlwerke wurden ebenfalls mit zwei Vertretern ihrer Interessen bedacht, Bergassessor a. D. Hermann Wenzel und Günther Sohl. Der bekannte Scharfmacher und Feind der Gewerkschaftsforderungen, Dr. Hermann Reusch von der Gute-Hoffnungshütte Oberhausen, wurde nicht vergessen. Der Mannesmann-Konzern, der eine Tradition in der „Erschließung Nordafrikas" zu wahren hat, stellt Dr. Hermann Winkhaus. Dazu kommen weitere Vertreter von den Hüttenwerken Rheinhausen, von der DEMAG, Duisburg, und der Leiter der Fachstelle Stahl und Eisen, M. C. Müller.

Unter den 26 Mitgliedern des Ausschusses befinden sich als Konzessionsschulzen auch vier Vertreter der Gewerkschaften, die bei allen entscheidenden Fragen mit Leichtigkeit zu überstimmen sind. Diesem auserlesener Kreis von Vertretern der Konzernherren wird es eine wollüstige Freude sein, aus ihrem Kreis eine „hohe Behörde" zu bilden, die ohne jede demokratische Kontrolle, rein nach den Profitinteressen der internationalen Monopolherren Produktion und Preise in der Grundindustrie Westeuropas regeln soll.

Im Streiflicht gesehen

Kompaß des Wikingerschiffes gefunden

Hamburg. (dpa.) Auch am Mittwoch, dem dritten Tag seit dem Auffinden der Wrackteile des schwedischen Wikingerschiffes „Kräftige Schlange", wurden keine Ueberlebenden gefunden, obwohl zwei deutsche Seenotrettungsboote, unterstützt von zwei britischen und zwei dänischen Flugzeugen, das Wattenmeer vor der schleswig-holsteinischen Küste weiter absuchten. Lediglich südlich der Hallig Süderoog, in der Einfahrt nach Husum, fanden Fischer zufällig den auf Holzteilen treibendend Kompaß des Wikingerschiffes. Außerdem bargen sie einen der altertümlichen Holzschilde und die verstümmelte Bugverzierung der „Kräftigen Schlange". Obgleich die Suche nach Ueberlebenden bisher erfolglos war, ist vorgesehen, die Aktion auch am Donnerstag fortzusetzen.

Gemeindegrenze geht mitten durch die Gaststube

Hemer, Kr. Iserlohn. (dpa.) Bad Marienbronn hat eine Gaststätte, um deren Steuern sich bisher zwei Gemeinden stritten. Seit Jahrhunderten geht die Grenze der Gemeinden Sümmern und Hemer mitten durch die Gaststube und teilt sogar die Theke. Als Hemer und Sümmern verschiedene Polizeistunden hatten, nahmen die Gäste ihre Gläser und setzten sich in den Teil der Gaststätte, für den die längere Polizeistunde galt. Der Kreistag des Landkreises Iserlohn hat jetzt den Streit um die Steuern zu Gunsten der Gemeinde Hemer entschieden.

Gepanzerter Schmuggelwagen gestellt

Aachen. (dpa.) Ein stark gepanzerter Schmuggel-Lastkraftwagen, der 20 Zentner belgischen Kaffee geladen hatte, fuhr sich am Mittwochmorgen bei Waldfeucht an der deutsch-holländischen Grenze in einer zur Schmuggelbekämpfung hergerichteten Hindernissperre fest. Die Schmuggler konnten entkommen. Das Fahrzeug, ein umgebauter Panzerspähwagen, wurde beschlagnahmt. Es ist der vierte gepanzerte Schmuggelwagen, der im letzten Vierteljahr im Aachener Gebiet sichergestellt wurde.

Kein Wunder

Oehringen. (dpa.) Ein junger Mann aus Oehringen (Nordwürttemberg) fuhr kürzlich auf der Straße nach Bitzfeld freihändig auf seinem Fahrrad und las dabei ein Buch. Als plötzlich ein Auto hinter ihm auftauchte, verlor er das Gleichgewicht und stürzte in den Graben. Das Buch flatterte auf die Straße. Es trug den Titel „Wie verhalte ich mich im Straßenverkehr?". Der junge Mann war auf dem Weg zur Prüfung für einen Kraftfahrzeugschein.

Der „Depp"!

Kempten. (dpa.) Als zwei Amerikaner in einer Gaststätte in Kempten ihre Zeche bezahlen sollten, versprach der eine ein Bild zu holen, weil er kein Geld mehr hätte. Der Wirt schmunzelte vor Freude, so billig ein Gemälde erstanden zu haben. Als die Wirtsfrau wenige Stunden später das vom Gatten stolz vorgeführte Bild besah, rief sie entsetzt: „Du Depp, das ist ja das Bild aus unserem Flur."

Fort mit der Atombombe

An jene, die sagen:

„Die Kampagne gegen die Atombombe dient den Interessen eines Landes oder einer Regierung"

Der Appell von Stockholm beschränkt sich auf drei ganz einfache Fragen: Das Verbot der Atomwaffe, die Kontrolle dieses Verbotes und die Verurteilung der Regierung als Kriegsverbrecher, die als erste die Atomwaffe anwenden wird. Niemand kann es ableugnen, daß das Grundsätze sind, deren Annahme in erster Linie dem Interesse des Friedens entspricht, das heißt, dem gemeinsamen Interesse alle Völker und infolgedessen dem Interesse aller Nationen.

Der Appell von Stockholm fordert nicht die Wahl zu Gunsten der einen oder der anderen Regierung, des einen oder des anderen Systems. Deshalb kann sich kein ehrlicher Mensch ihm entziehen, welche immer auch seine persönlichen Ansichten seien. Der Inhalt des Appells kann also nur von denen angegriffen werden, die wollen oder wünschen, daß die Atomwaffe nicht verboten wird. Das heißt also, durch die kleine Gruppe derer, die den Krieg wollen.

Deshalb bedeutet die Unterstützung und die Verteidigung des Appells durch eine Regierung, daß diese Regierung eine Stellung einnimmt, die dem Willen des Volkes entspricht und einem höheren Interesse, dem Frieden.

Wenn der Appell abgewiesen und bekämpft wird, bringt das den Willen zum Ausdruck, als erste die Atomwaffe als Angriffswaffe benutzen zu wollen, oder die Zustimmung zu ihrer Anwendung zu geben.

Es liegt also an allen ehrlichen Menschen der Welt, so zu handeln, daß dieser Wille nicht in die Tat umgesetzt werden kann. Dies ist möglich, wenn alle den Appell von Stockholm unterzeichnen und von denjenigen eine Erklärung verlangen, die, wer immer sie auch sein mögen, sich weigern, sich dieser großen Aktion für den Frieden in der Welt und die Sicherheit der Völker anzuschließen.

Unterschreibe auch Du Sorge auch Du dafür, daß jeder unterschreibe!

Der amerikanische Krieg

Der sozialistische Informationsdienst schreibt:

Die Schüsse, die den Krieg in Korea eröffnet haben, sind nicht ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie sind vielmehr ein Teil der Verwirklichung von Plänen, die von langer Hand vorbereitet worden sind, und deren Hauptinhalt die Entfesselung eines dritten Weltkrieges ist. Hierin ist schon ausgedrückt, daß die große Bedrohung, die von Korea aus über die weite Welt hin sichtbar ist, sich gegen alle Völker richtet, und daß es verhängnisvoll wäre, wenn die Vorstellung Verbreitung finden könnte, daß letzten Endes die amerikanische Aktion sich nur gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten richten würde.

Die Kriegsgefahr für die ganze Welt ist gewaltig angewachsen, nun, da an einem Ende der Welt von amerikanischen Stützpunkten aus, aus amerikanischen Kanonen geschossen wird, aus amerikanischen Flugzeugen Bomben abgeworfen werden, für alle andere Punkte der Erde, gegen die amerikanischen Waffen gerichtet sind. Das gilt vor allem auch für Deutschland, dessen westlichen Teil in der Kriegsstrategie der USA eine besondere Rolle zugedacht ist. Vergessen wir es niemals, daß von Wiesbaden aus der Flug jener amerikanischen, schwer bewaffneten Erkundungsmaschinen angetreten worden ist, die am Oster-Samstag über Libau in den sowjetischen Luftraum eindrang.

Die Zeitungen und der Rundfunk, die von Amerika aus beeinflußt werden, versuchen, der westdeutschen Bevölkerung einzureden, daß die Volksrepublik Korea einen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Nach „Neues Leben" nun „Unser Tag" verboten

Der Friedenskampf soll getroffen werden — Erst recht: Einsatz bei der Unterschriftensammlung

Mannheim. Es ist wenige Tage her, daß von dem Hohen Kommissar der französischen Besatzungszone die Zeitung „Neues Leben" für Rheinland-Pfalz auf unbegrenzte Dauer verboten wurde. Jetzt erfolgte durch eben diese Stelle das Verbot von „Unser Tag" für 4 Wochen, nachdem diese Zeitung kaum 10 Tage nach ihrem letzten Verbot erschienen war. Was ist die Ursache, daß diese beiden Zeitungen offensichtlich der französischen Hohen Kommission ein Dorn im Auge sind? Es gibt darauf nur eine Antwort: Beide Zeitungen setzen sich entschieden für den Kampf des deutschen Volkes um den Frieden ein. Wie die Verbotsbegründung im einzeln lautet — das ist das Gefühl, das jeder hat, der die Dinge verfolgt — ist dabei gleichgültig.

Bei dem neuerlichen Verbot von „Unser Tag" heißt es in dem Schreiben des französischen Hohen Kommissars in Deutschland daß in der Ausgabe der Zeitung vom 27. 6. ein „tendenziöser und außerordentlich heftiger Artikel über die Manifestation der FDJ in Bingen" gebracht wurde.

Der Artikel war deshalb heftig, weil die Ereignisse in Bingen, an denen die deutsche Polizei der Regierung Altmeier in Rheinland-Pfalz und französische Militärkräfte beteiligt — gelinde gesagt — mehr als „heftig" waren. Neben anderen wurden auf dem Friedenstreffen auf dem Rochusberg bei Bingen insgesamt 9 Jugendliche und Kinder ernsthaft verletzt. Eine Zeitung, die die Rechte des Volkes vertritt und die demokratischen Belange nicht mit der Brille einer Besatzungsmacht sieht, muß diese Dinge unerschrocken darstellen. Das hat die Zeitung „Unser Tag" getan.

Das Schreiben des Hohen Kommissars nennt den Artikel, der zur Verbotsbegründung herangezogen wurde, tendenziös. Wir im Mannheimer „Volksecho" stimmen beim Durchlesen dieses Artikels mit dem Hohen Kommissar überein und sagen: mit Recht ist es so! Die ganze Tendenz dieses Artikels ist erfüllt von der Sorge der Erhaltung des Friedens in Deutschland und in der Welt. Das ist eine Tendenz, die jeder im Volk versteht und lobt.

Was war aber die Tendenz des Vorgehens deutscher und fremder Polizeikräfte bei Bingen gegen junge Friedenskämpfer? Wer gegen den Frieden handelt, Friedensmanifestationen unterbindet und sogar diese brutale Gewalt anwendet, kann nur wollen, daß ein neuer Krieg, dessen Opfer wir werden, vorbereitet wird. Das ist auch eine Tendenz!

Wir sehen sehr genau die Verbotspraxis, die in den verschiedenen Teilen des besetzten Westdeutschland gegen Zeitungen verfolgt wird. Wir haben auch die Möglichkeit zu vergleichen, wie in Frankreich das Volk seinen Friedenskampf führt und welche Unterstützung es dabei bei der fortschrittlichen Presse findet, ohne daß wir, trotz der auch dort bestehenden Versuche der Unterdrükkung, etwas über Verbotsmaßnahmen gegen Zeitungen hören. Gegenüber einem Volk, wie dem französischen, das bereits acht Millionen Unterschriften auf den Listen des Stockholmer Aufrufes des Friedenskomitees zur Aechtung der Atombombe leistete, dessen Kardinäle und Erzbischöfe nicht umhin konnten, sich für den Friedenskampf zu erklären, in einem Land, wo es Städte wie Irvy gibt, wo alle wahlberechtigten Einwohner sich zum Friedensaufruf bekannten, gibt es keine Stelle der Regierung, die ähnliches wagen könnte, was die Hohe französische Kommission gegenüber der westdeutschen Bevölkerung ihres Besatzungsgebietes getan hat.

In Frankreich hat die breite Masse eine sehr reale Vorstellung über demokratische Rechte, die es in seinem Friedenskampf wahrnimmt. Es wirft sich die Frage auf: handeln die französischen Stellen nach dem, was im französischen Volk noch als unverbrüchliches demokratisches Recht gilt oder nicht. Wir beantworten diese Frage mit einem überzeugten: Nein!

Wir wollen festhalten: Die Verbotspraxis gegenüber „Unser Tag" und „Neues Leben" stellt einen Bruch der im Bonner Grundgesetz auch durch die Besatzungsmächte garantierten Pressefreiheit dar.

Wir rufen dem westdeutschen Volk und allen Friedenskämpfern zu: Seht, welchen Zweck man verfolgt mit den Verboten der fortschrittlichen Presse! Seht, daß die getroffen werden sollen, deren Anstrengungen nichts anderem gilt, als den Weltfrieden zu erhalten und die Menschheit vor der Vernichtung der Atombombe zu bewahren! Seht, daß Zeitungen, wie „Neues Leben" und „Unser Tag" die Verbündeten Eures Kampfes sind und deshalb verboten wurden. Protestiert gegen Verbote, denn ihr sollt getroffen werden!

Willy Grimm.

Wahlerfolge des Linksblocks in Algerien

In Sidi-Bel-Abbés errangen die fortschrittlichen Kräfte Algeriens bei den Gemeindewahlen einen beachtlichen Wahlerfolg. Es waren nur zwei Listen aufgestellt, die der „Union démocratique", die aus Kommunisten, Sozialisten und fortschrittlichen Demokraten zusammengesetzt war und eine Liste der reaktionären Parteien.

Die Liste der „Union démocratique" errang 6461 Stimmen gegenüber 5424 im Jahre 1946, die der Reaktionären 2636 Stimmen gegenüber 4205 im Jahre 1946.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)
kriegerischen Ueberfall auf die abgespaltene südliche Hälfte des Landes unternommen und dadurch den Krieg begonnen habe.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Vorgänge in Korea, die massive Intervention amerikanischer Waffen in Formosa, den Philippinen und Indochina ist das Resultat einer seit langer Zeit systematisch vorbereiteten, von den amerikanischen Imperialisten und Generälen gelenkten Provokation. Eine wichtige Station in der Reihe der planmäßigen Aggressionsvorbereitungen war die vor kurzem stattgefundene Konferenz in Tokio, an der neben Mc Arthur, dem Mann, der als Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Japan ein militärisches Eingreifen der USA in die Angelegenheiten der asiatischen Völker forderte, der amerikanische Kriegsminister Johnson und der republikanische Berater des Außenministers Acheson, Foster Dulles, beide bekannt wegen ihrer besonders aggressiven Politik und ihrer Befürwortung kriegerischer Interventionen in allen Teilen der Welt.

Korea war den amtlichen amerikanischen Meldungen zufolge von amerikanischen Besatzungstruppen geräumt. Aber in Wirklichkeit haben die amerikanischen Imperialisten auf dem Umwege über Berater, Instrukteure und militärischen „Kommissionen" die Verwaltung des Landes und seine bewaffneten Kräfte in der Hand. Das hat die „Neue Züricher Zeitung" veranlaßt, am 20. Juni 1950 zu schreiben:

„Es fehlt im südlichen Korea nicht an Leuten, die eine Lösung der das Land schwer bedrückenden Probleme im militärischen Angriff auf den Norden sehen... Die südkoreanische Regierung verfügt über eine von den Amerikanern ausgerüstete und vorzüglich geschulte Armee von 100 000 Mann, zu der noch eine Polizeitruppe von 50 000 Mann kommt."

Dieselbe Schweizer Zeitung berichtet am 26. 6. 1950, daß der in Süd-Korea gelegene Flugplatz von Kimbo von den Amerikanern

Für Vernichtung der Atomwaffe

in Zusammenarbeit mit Südkorea verwaltet wird, das heißt, daß er sich in Wirklichkeit in amerikanischen Händen befindet. Nicht zum Schutze eines freien und unabhängigen Volkes also werden amerikanische Bomber und Kriegsschiffe entsandt, sondern zum Schutze militärischer Positionen des amerikanischen Imperialismus, zur gewaltsamen Eroberung neuer militärischer Stützpunkte und zur Niederschlagung einer Bevölkerung, die in Freiheit und Unabhängigkeit leben will. Die militärische Intervention in Ost-Asien ist ein Bestandteil des Aufmarsches der Kriegsprovokateure in der ganzen Welt. Die Politik des amerikanischen Imperialismus, der militärischen Einmischung in aller Welt wird betrieben unter dem Etikett der „Verteidigung der freien Völker". Die der amerikanischen Politik dienstbare „Frankfurter Rundschau" entlarvt, ohne es zu wollen, die ganze Verlogenheit dieser heuchlerischen Phrase:

„Freilich, wie in China und anderswo haben die Amerikaner auch in Südkorea nicht viel Glück mit den Kreisen gehabt, die sie unterstützen. Präsident Syngman Rhee, der über ein Vierteljahrhundert in den USA im Exil lebte, hat der nordkoreanischen ‚Volksdemokratie' kein freies demokratisches Regime in Südkorea entgegenstellen können. Die Opposition weiter Kreise in den USA und Großbritannien gegen eine Verlängerung der Hilfe für Südkorea — das „Griechenland des Fernen Ostens" — beruht auf der Behauptung, die Regierung Rhees habe mit amerikanischer Hilfe einen Polizeistaat errichtet. In der Tat hat Rhee mit brutaler Gewalt Presse und Politiker der Opposition — nicht nur Kommunisten — ausgeschaltet. Ein sehr populärer Führer der Rechten, Kim Koo, wurde kürzlich ermordet. Rhees Partei ist ein Klüngel von Großgrundbesitzern, die sich jeder vernünftigen Sozialpolitik, auch der versprochenen Bodenreform, widersetzen. Nahezu vier von den 21 Millionen Einwohnern des Südens sind arbeitslos und leben kümmerlich von den Brosamen der amerikanischen Hilfe, die ihnen die Machthaber zukommen lassen. Innerhalb der Regierung und Verwaltung herrscht Korruption." (Frankfurter Rundschau, 27. 6. 50)

Im Norden des Landes, in der koreanischen Volksrepublik dagegen ist ein wirklich demokratisches Staatswesen geschaffen worden, das alle Spuren kolonialer Unterdrückung ausgetilgt hat, das über die volle nationale Unabhängigkeit und Souveränität verfügt. Eine demokratische Wirtschaft ist aufgebaut. Ein Meilenstein in ihrer Entwicklung war eine demokratische Bodenreform. In der Volksrepublik Nordkoreas ist die gesunde Kraft des Landes, das Volk, an der Macht.

Die Spaltung des Landes in dem demokratischen, unabhängigen nördlichen Teil und in der südlichen Hälfte, die unter kolonialer Abhängigkeit ein Spielball in den Händen reaktionärer Cliquen ist, bedeutet ein schweres Hindernis in der Eitwicklung des gesamten koreanischen Volkes. Deshalb hatte das „Zentralkomitee der demokratischen Vaterlandsfront" an die Nationalversammlung Süd-Koreas ein Acht-Punkte-Programm zur friedlichen Verschmelzung der beiden Teile des Landes übermittelt. Die Herstellung der demokratischen Einheit Koreas, das ist das einzige Mittel, das Südkorea aus der schwierigen Lage herausbringen kann, in das es durch die amerikanische Besetzung und durch die Cliquen-Wirtschaft der reaktionären Gutsbesitzer geraten ist. Der Krieg, den diese nun vom Zaune gebrochen haben, ist der Versuch, der vorgeschlagenen friedlichen Lösung, der Schaffung eines wiedervereinten demokratischen Korea, einer Lösung, die allein den Interessen des koreanischen Volkes und des Friedens entspricht, zuvorzukommen.

In Westdeutschland, das unter der Spaltung Gesamtdeutschlaids ebenso leidet wie das im Kolonialzustand gehaltene Südkorea, sind die reaktionären Kreise, deren Sprachrohr Adenauer ist, drauf und dran, die Voraussetzungen zu ähnlichen kriegerischen Auseinandersetzungen zu schaffen, den Bürgerkrieg von Deutschen gegen Deutsche herbeizuführen. Adenauer tut dies neuerdings unter Berufung auf Korea, in der Form der Forderung einer „Sicherheitsgarantie" durch die imperialistischen Besatzungsmächte für seine Bundesrepublik. Er benutzt also die Vorgänge in Korea als willkommenen Vorwand, um die Remilitarisierung Westdeutschlands vorwärts zu treiben, die völlige Eingliederung Westdeutschlands in das System der westlichen Kriegspakte zu vollenden und um die Anwesenheit imperialistischer Okkupationstruppen auf unbestimmte Frist zu rechtfertigen. Wie zur Unterstreichung dessen wird in der Presse eine Erklärung des amerikanischen Hochkommissars McCloy veröffentlicht, in der es heißt: „die alliierten Truppen seien in Deutschland und hätten vor, in Deutschland zu bleiben, bis Friede und Freiheit gesichert ist".

„Was tust Du für den Frieden?"

Machtvolle Friedenskundgebung in Berlin

Berlin. (EB) Vor über 3000 Berliner Vertreter der in- und ausländischen Presse und des öffentlichen Lebens führte am Dienstag das Großberliner Komitee der Kämpfer für den Frieden im Friedrichs-Palast eine Kundgebung durch, die sich zu einem machtvollen Bekenntnis zum Frieden gestaltete. „So wie sich John Peet für den Frieden entschieden hat," sagte Professor Havemann in seiner Begrüßungsansprache, so wollen wir dafür sorgen, daß sich alle verständigen Menschen in die gemeinsame internationale Friedensfront einreihen". John Peet, der ehemalige Chefkorrespondent der Reuter Agentur erklärte, daß trotz aller Hindernisse durch die reaktionäre Polizei und kriegshetzerische Propaganda die Friedensbewegung in den westlichen Ländern im ständigen Wachsen begriffen ist.

Die französischen und belgischen Hafenarbeiter haben sich geweigert, amerikanische Waffenlieferungen für Westeuropa auszuladen. Er sei überzeugt, daß auch die englischen Hafenarbeiter, die bereits einmal im Jahr 1920 in den Streik getreten sind, um dem jungen sowjetischen Staat zu helfen, im entscheidenden Moment in Aktion treten würden. Peet wandte sich an seine früheren Kollegen, die er im Saal sitzen sah und fragte sie, ob es ihnen nicht klar sei, daß sie, ihre Zeitungen und Agenturen ausschließlich dem Krieg und nicht dem Frieden dienen. Jeder hetzerische und unwahre Bericht sei ein Schuß Munition für die amerikanischen Kriegshetzer. Damit stehe auch jeder Journalist vor der Frage sich zu entscheiden, welcher Seite er dienen will.

John Peet wandte sich besonders an seinen Kollegen Bill Hams von „Daily Expreß", den er fragte: „Was tust Du für den Frieden?" Er habe doch eine Familie, eine Tochter und könne nicht wollen, daß sie von einer Atombombe zerrissen wird. Er wandte sich an den Reuther-Korrspondenten William Backer, der die Schrecken des KZ.s durchgemacht hat und rief ihm zu, sich für den Frieden zu entscheiden.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie ihren Friedenswillen bekundeten und in der es u. a. heißt:

„Wir Berliner sind eins mit jenen westdeutschen Männern und Frauen, die den Kampf um den Schutz des Rheinlandes vor dern, von anglo-amerikanischen Generalen geplanten Ueberschwemmung aufgenommen haben."

Die Resolution schließt mit dem Hinweis, daß Männer wie John Peet in der Friedensfront willkommene Kameraden sind. „Wir wissen, daß einem Beispiel noch vieie Kulturschaffende folgen werden, daß Millionen unserer Landsleute, die noch heute abseits stehen, das absolute Verbot der Atombombe fordern und sich als aktive Friedenskämpfer beweisen."

Haltet durch, wir stehen hinter Euch!

Mit Hasper Hütte solidarisch

Haltet durch, wir stehen hinter Euch, so schließt des Telegramm der Betriebsräte der Hamburger Werften.

Wir versichern unseren Kampf den Kollegen, zugleich auch dem Kollegen Harig, unsere vollste Sympathie und fordern alle Hüttenarbeiter der Großbetriebe unseres Landes auf, sich solidarisch mit der Belegschaft der Hasper Hütte zu erklären, heißt es unter anderem in der Entschließung der Vertrauensmänner der Eisenwerke Mülheim-Meiderich, Werk Meiderich.

Mit Recht erklären die Betriebsräte der Stahl- und Röhrenwerke Reißholz-Oberbilk, daß mit der Entlassung des Kollegen Paul Harig ein Angriff auf das Mitbestimmungsrecht eingeleitet wurde, der unter keinen Umständen geduldet werden könne, da sonst andere Werke ein Exempel statuieren würden.

Wir verurteilen die vollständig ungesetzliche Maßnahme der Werksleitung und ersuchen den Betriebsrat der Hasper Hütte und die Ortsverwaltung der IG Metall in Hagen, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit der Kollege Harig wieder mit vollem Recht eingestellt wird, erklärte der Betriebsrat der Deutschen Edelstahlwerke AG Remscheid.

Mit Interesse verfolgen wir Euren Kampf und in Erinnerung an Eure vorbildliche solidarische Haltung gegenüber der Vorwerk u. Sohn-Belegschaft, versprechen Euch unsere ideelle und materielle Solidarität, schließt der Betriebsrat von Vorwerk u. Sohn, Wuppertal-Barmen sein Solidaritätsschreiben.

Weitere Solidaritäts- und Protestadressen gingen unter anderem ein vom Betriebsrat der RWK Gruiten, der Knorr-Bremse in Vollmarstein, Herbert Schulte, Apparate- u. Rohrleitungsbau, Bochum-Dahlhausen, Ideal-Spaten und Schraubenwalzwerk Herdecke, vom Betriebsrat der Firma Joachim Baumgart, Tönnisheide, der Haller Koch- und Heizgeräte GmbH, Hamburg-Altona und der Bismarckwerke AG, Radevormwald-Berghof.

Mit einem größeren Begrüßungsschreiben der Kollegen des Stahl- und Walzwerks Henningsdorf gingen wiederum zahlreiche Telegramme der Belegschaften und Gewerkschaftsleitungen aus der Deutschen Demokratischen Republik ein, die die Verbundenheit über die Zonengrenzen hinweg zum

USA bilden japanische Kriegsregierung

Tokio. (nach dpa) Auf Initiative von McArthur hat der japanische Ministerpräsident Yoschida ein neues Kabinett gebildet. Die japanische Regierung war vorgestern abend zurückgetreten. Dem 17gliedrigen Kabinett gehören nur 5 Mitglieder des alten Kabinetts an. Die neuen Minister gehören den reaktionären Kreisen der japanischen Bourgeoisie an.

Terror an der Saar

Prozeß gegen Maidemonstranten

Saarbrücken. (EB) 13 Teilnehmern an der diesjährigen Maidemonstration in Saarbrükken, die sich unter dem Beifall der Bevölkerung gegen die gewaltsame Entfernung der schwarz-rot-goldenen Fahnen widersetzten und sich gegen die brutalen Angriffe der Polizei- und Saarbataillonen verteidigten, wurden durch den Oberstaatsanwalt Anklageschriften zugestellt. Während sich unter den Angeklagten Opfer des Naziregimes befinden, stammen von 59 aufgebotenen Zeugen für den Prozeß aus Kreisen früherer aktiver Nationalsozialisten allein 49 Polizeibeamte.

Die Anklageschrift ist eine Sammlung wilder Konstruktionen.

Britischer Zeitungskönig gegen Schumanplan

London. (ap) Der Schumanplan „von Frankreich und Deutschland geschmiedet und von den Vereinigten Staaten bejubelt" wurde „aus dem eifersüchtigen Wunsch nach der Kontrolle unserer Commonwealth- und Empire-Märkte geboren", sagte der britische Zeitungsverleger Lord Beaverbrook in einer am Montag von „Daily Expreß" veröffentlichten Stellungnahme.

Lord Beaverbrook nannte den Plan eine „sehr gefährliche Waffe" in den Händen von Feinden, die versuchten, das Commonwealth zu zerstören. Das Ziel des Planes sei es, Großbritannien dem europäischen Wirtschaftssystem zu unterwerfen.

Rücktritt Seebohms gefordert

Eisenbahner gegen Reprivatisierungsbestrebungen

München. (EB) Auf der Tagung des Gesamtbetriebsrates des Eisenbahnausbesserungswerkes München-Freimann wurden die Bestrebungen Dr. Seebohms, der sich Verkehrsminister der Bundesrepublik nennt und der Deutschen Partei angehört, die Eisenbahnen in Westdeutschland in privatkapitalistische Hände zu überführen, mit Empörung zurückgewiesen. In einer Resolution heißt es, daß mit Seebohm der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Von der Eisenbahnergewerkschaft wird verlangt, daß sie alles unternimmt, um diesen Feind der Eisenbahner, der rücksichtslos über die Interessen von 450 000 Bediensteten hinwegschreitet, zum Rücktritt zu zwingen.

Eine Null beansprucht noch ein Vetorecht

Dieselben imperialistischen Blätter, die jedes Mal Gift und Galle spien, wenn die Sowjetunion im Interesse der Verteidigung des Friedens gegen die Dollardiktate des amerikanischen Imperialismus von ihrem Vetorecht Gebrauch machte, brachten kommentarlos, d. h. praktisch billigend, die Meldung, daß Mr. Tsiang, der Vertreter von Mr. Tschiangkaischek, gegen die Wiederwahl des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Trygve Lie, sein Veto einlegen würde.

Sie stellten nicht die Frage, wen dieser Mr. Tsiang überhaupt noch vertritt, nachdem sich sein Herr und Meister, vom chinesischen Volk zum Teufel gejagt, nach Formosa zurückzog und auch dort nur noch auf amerikanische Bajonette gestützt, ein würdeloses Dasein fristet. Die Frechheit, die Mr. Tsiang, in Wirklichkeit eine Null, mit wohlwollender Unterstützung der Dollarfraktion in den Vereinten Nationen besitzt, sollte dazu angetan sein, über den Mißbrauch der Vereinten Nationen durch die Vertreter der Imperialisten aufklärend zu wirken.

„Westmächte, die Kriegsbrandstifter!"

Berlin. (nach dpa) Der SED-Pressedienst bezeichnet das Eingreifen amerikanischer Luft- und Seestreitkräfte in Korea als einen einseitigen Aggressionsakt Amerikas.

Es bestehe kein Zweifel, daß die Handlungsweise des amerikanischen Präsidenten und seiner Regierung unrechtmäßig und verbrecherisch sei. Die USA betrachteten Korea als ein Land, das ihnen als Militärkolonie und Aufmarschplatz für ihre Weltherrschaftspläne dienen soll. Von Korea aus soll die Brandfackel des Krieges zur Errichtung der amerikanischen Weltherrschaft über den Erdball getragen werden. Der SED-Pressedienst fordert die Bevölkerung auf, unter der Parole, fallt den Kriegsbrandstiftern in den Arm und erzwingt den Frieden, gegen den Aggressionspakt der amerikanischen Regierung zu demonstrieren.

Pressestimmen

Amerikaner sollten China-Obstruktion aufgeben

Dem Westen kann die gegenwärtige Situation nur schaden . . . Wer kann argumentieren, daß die chinesischen nationalistischen Delegierten heute das chinesische Volk vertreten? So unangenehm die Lage nach einem Monat schlechter sowjetischer Manieren sein mag, so sollte man doch die russische Taktik übersehen und die Streitfrage auf Grund der Tatsachen beurteilen. Es ist offensichtlich, daß die kommunistische Regierung China nicht nur im Innern, sondern auch in außenpolitischer Hinsicht kontrolliert. Dies abzustreiten, heißt Moskau einige wertvolle Propagandaargumente gegen die „kapitalistischen Reaktionäre" zur Benutzung in Süd-Ost-Asien und Persien in die Hand zu spielen . . .

Man kann die amerikanische Abneigung verstehen, sich in der China-Frage festzulegen, zumal die China-Experten im Kongreß die zersetzende Kampagne McCarthys (der Acheson beschuldigt, China den Kommunisten gegeben zu haben, d. Red.) unterstützen. Aber im Interesse der Vereinigten Nationen und engerer Beziehungen des Westens mit China sollten der Stillstand der Verhandlungen so schnell wie möglich überwunden werden. „The Ecconomist", London.

Arroganz entlarvt Kriegshetzer

Wer besitzt denn eigentlich die Vereinten Nationen? Ueber dieser Frage scheint einige Verwirrung zu herrschen. Trygve Lie dachte, daß die in Vereinten Nationen vereinten Völker die Vereinten Nationen führen. Man hat ihn jedoch gerade davor gewarnt, diesen „kommunistischen" Gedanken aufzugeben. Zwei schreiende Kriegshetzer, die Senatoren William Knowland und Styles Bridges möchten Trygve Lie aus den Vereinten Nationen hinauswerfen. Es scheint, daß Trygve Lie die Unverschämtheit besaß, mit Friedensvorschlägen nach Moskau zu gehen, nachdem das Staatsdepartement versucht hatte, ihn daran zu hindern. Trygve Lie hat ebenfalls die Kühnheit zu behaupten, daß die 400 Millionen Chinesen das Recht haben, ihren eigenen Vertreter in die Vereinten Nationen zu wählen. Er muß unbedingt gehen, rufen Knowland und Bridges! Die beiden Kriegshetzer unterstützen Achesons Ablehnung des Friedensplanes von Lie, sie wollen jedoch auch Lies Kopf.

Diese unhöfliche Arroganz gegenüber den Vereinten Nationen wird der Welt helfen, klarer zu erkennen, wo die Kriegsgefahr herkommt, und warum es keine Friedensregelung gibt.

„Daily Worker", New York.

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

50. Fortsetzung

XII

Nur mit Mühe fand Loß Platz in Waals Zelt. In seiner ganzen Länge ausgestreckt, teilte er den Raum in zwei Hälften.

Die junge Hausfrau Alek war verwirrt, aber sie vergaß nicht, daß sie Tee kochen mußte. Sie schritt über Loß hinweg und zerschlug das Eis in kleine Stücke, die sie in den Teekessel warf.

Es war ungewöhnlich, daß der russische Vorgesetzte, von dem an der Küste so viel gesprochen wurde, jetzt hier lag. Niemand hatte gedacht, daß solch ein würdiger Mann in Waals Jaranga kommen würde. Grund genug zur Verwunderung! Noch nie hatte der Fuß eines Weißen dieses Zelt betreten. Was konnte das bedeuten? Vielleicht war es Hohn. Oder hatte sie der Schneesturm hierhergetrieben?

Diese Gedanken beschäftigten nicht nur Alek, sondern auch den alten Waal. Er wußte nicht, was er tun sollte. Er war es gar nicht gewohnt, so außerordentliche Gäste zu empfangen. Der Greis fand keine Ruhe. Bald kroch er aus dem Wohnraum ins Vorzelt, um etwas zu suchen, bald kam er mit einem Fell in der Hand zurück und betrachtete es im Licht. Aufgeregt klopfte er das Fell mit einer Rentierrippe aus und sagte, zu Loß gewandt:

„Rück ein wenig weg! Ich will diese Haut unter dich legen. Sie ist besser."

Aber Loß lag da und verstnd den Alten nicht. Er suchte in seinem Heft mit den „fertigen Sätzen", und wie zum Trotz fand er nichts Vernünftiges. Dann versuchte es der alte Waal mit Gebärden.

„Aha! Ich verstehe! Ich verstehe!" sagte Loß gutmütig und rollte sich auf die Seite.

Waal breitete die Haut rasch aus.

Andrej kam herein und legte sich wie ein Einheimischer neben Loß.

Waal konnte immer noch nicht stillsitzen. Er hätte noch etwas tun mögen.

„Ruh dich aus, alter Mann! Setz dich zu uns Wir werden uns unterhalten!" sagte Loß.

Andrej dolmetschte.

Wie sollte man sich aber unterhalten, wenn alles im Kopf durcheinanderging? Wer konnte es verstehen, weshalb der bärtige russische Vorgesetzte in Waals Zelt eingekehrt war, wo doch Alitets Jaranga gar nicht weit entfernt davon lag; und dort ist es geräumig wie in der Tundra und hell wie bei Sonnenschein! Dort gibt es gute Häute zum Schlafen und reichliche Nahrung. Wollten die Russen Waal etwas Böses tun?

In heimlicher Erregung, aber ohne seinen Gesichtsausdruck zu verändern, beobachtete der Greis die Russen, und als er dem Blick des Bevollmächtigten begegnete, dachte er: Es sind gute Augen wie die eines Rentiers. Es sind keine Wolfsaugen.

Er wurde etwas ruhiger und begann, seine Pfeife zu säubern.

„Nimm von meinem Tabak, alter Mann!" sagte Loß und reichte ihm seine Schachtel „Prince Albert".

Der Alte lachte leise, sah Alek und die Gäste an und langte verlegen nach dem Tabak. Als die Pfeife brannte, sagte er:

„Alek, siehst du, was für einen Tabak Waal raucht! Ei, ei! Das ist die Frau meines Sohnes Waamtscho", sagte der Alte und wies mit der Pfeife nach ihr. „Er selber ist bei den Nachbarn. Er wird bald kommen."

Waal schwieg eine Weile und wandte sich dann flüsternd an Andrej:

„Hat sich der russische Vorgesetzte in unserer Siedlung vielleicht verirrt? Alitets Jaranga ist doch dicht daneben. Ganz dicht."

VE Roman Maschine 3 K

„Wir wissen das," sagte Andrej. „Aber der Vorgesetzte hat gesagt, wir kehren ein, wo die Menschen gut sind. Ich habe gehört, daß der alte Waal gut ist, deshalb sind wir zu ihm gekommen. So hat der Vorgesetzte gesagt."

Der Alte nickte zufrieden. Das klang nach Wahrheit. Waal kannte seinen Wert. Er näherte sich Loß, faßte ihn oberhalb des Ellenbogens am Arm und schüttelte ihn schweigend und dankbar.

„Alek, die Gäste kommen von der Reise, aus der Kälte. Es wäre Zeit, ihnen Tee zu geben..." sagte er geschäftig, und Alek rückte den Tisch heran und holte die Becher. „Alek, ihr habt wenig Becher. Ueberall in den Jarangas gibt es wenige. Deshalb haben wir die unseren mitgenommen. Da sind sie", sagte Andrej und stellte zwei Becher auf den Tisch.

Vom Frost gerötet, kroch Waamtscho ins Wohnzelt.

„Ah, alter Freund!" sagte Andrej und reichte ihm die Hand. „Wie lange haben wir uns nicht gesehen! Du hast mich wohl schon vergessen?"

„Nein", versetzte Waamtscho finster. Die Gäste hatten ihn nicht weniger verlegen gemacht als den Vater. Als er aber an die erste Begegnung mit Andrej dachte, wurde er zutraulicher. Vielleicht waren sie nicht zu ihm gekommen, um ihn zu verhöhnen. Andrej wollte damals auch nicht bei Charlie Rotnase einkehren, fuhr es ihm durch den Kopf.

„Es sind gute Gäste, Waamtscho, gute Gäste", sagte der Alte, der den Grund für die Verwirrung des Sohnes erkannt hatte.

„Wie ist die Jagd Waamtscho?" fragte Loß plötzlich nach einem Blick in sein Heft.

Waamtscho drehte sich rasch nach Loß um, und ein Lächeln flog über sein Gesicht. Loß sprach die Tschuktschenworte komisch aus.

„Das ist der Vorgesetzte, Loß", erklärte Andrej.

„Es gibt Wild. Auch Robben", antwortete Waamtscho.

„Wieviel Füchse hast du gefangen?"

„Vier. Gute Weißfüchse! Wenn ich sie dem neuen Amerikaner bringe, bekomme ich viele Waren dafür. Man sagt, daß er gut tauscht."

„Frage ihn Andrej, warum er seine Weißfüchse noch nicht verkauft hat!"

Als Andrej die Frage stellte, schüttelte Waamtscho den Kopf: „Sie gehören mir nicht", sagte er. „Ich habe sie mit Alitets Fallen gefangen. Die Fallen habe ich umsonst bekommen. Auch Waren mußte ich ohne Tausch nehmen. Drei Felle muß ich ihm geben."

Das Gesicht des bärtigen russischen Vorgesetzten wurde zornig.

Das beunruhigte den Alten.

In diesem Augenblick kam Alitet selbst hereingekrochen.

„Guten Tag, Russke Vorgesetzter! Warum liegt der Vorgesetzte in einem kleinen Zelt? Kleines Zelt schlecht, großes gut. Es ist Platz für euch in meiner Jaranga", sagte Alitet, indem er russische Worte in seine Rede mischte.

Der alte Waal hörte dem Gespräch aufgeregt zu, und man sah, daß er litt. Er war ja nicht so jung, daß man ihn verhöhnen durfte. Und es sah danach aus. Der Alte glaubte, daß die Russen gleich aufstehen und seine Jaranga lachend verlassen würden. Waamtscho sah Alitet zornig an und dachte: Immer muß er etwas wegnehmen. Weshalb hatte der Vater den Russen nicht gesagt, daß sie gleich zu Alitet gehen sollten?

„Meine Jaranga ist gut und geräumig", fuhr Alitet fort. „Russische Suppe mit Salz. Viel junges Rentierfleisch. Ei, was für ein herrliches Essen!"

„Nein, wir bleiben bei Waal! Wir gehen nicht von hier fort", sagte Andrej.

Was hören meine Ohren? Vielleicht meinen die Russen wirklich, daß Waal ein würdiger Mann ist? dachte der Alte erfreut und sah den Sohn fragend an. Auch von Waamtschos Herz war ein Stein gefallen.

Loß verfolgte die geringste Bewegung Alitets und bemühte sich, jedes seiner Worte zu erfassen. Er wußte schon viel von ihm, und als er jetzt seine hin- und herhuschenden, listigen Augen sah und seine schmeichlerische Rede hörte, wurde er offensichtilch gereizt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Beflissenheit oder...?

Mannheim. Ein Kollege, bei der Firma Eduard Kaufmann Söhne beschäftigt, verteilte im Betrieb Flugblätter. Das Flugblatt trägt die Ueberschrift: „Der Wahrheit eine Gasse" und hat auszugsweise den Bericht der Delegation des Stuttgarter Gemeinderats mit Oberbürgermeister Dr. Klett an der Spitze — zum Inhalt, der im Amtsblatt der Stadt Stuttgart abgedruckt war. Es kommen da einige staatsgefährliche Aeußerungen von Delegationsmitgliedern zum Ausdruck, wie diese der Frau Stadtrat Euchner „. . . daß diese Reise nicht in ein fremdes Land führte, sondern zu Menschen, die die gleiche Sprache sprechen wie wir, die das gleiche Schicksal erlitten haben wie wir" usw. usw. Des weiteren hatte dieser Kollege, eingedenk des Rechtes der demokratischen Meinungsäußerung in Wort und Bild, das bekannte Plakat im Betrieb angeklebt: „Schmutziges Geschäft mit Kriegsgefangenen", welches den Beweis erbringt, daß die Adenauer Regierung der deutschen Oeffentlichkeit die Gefallenenkartei unterschlägt und im März 1950 die Zahl der noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen selbst auf 69 000 bezifferte.

Seine hochmögende Gnaden, der Herr Direktor Bold erfuhr davon, warf sich ergrimmt in Positur und ließ den Betriebsratsvorsitzenden Grieß holen. Der Gewaltige bedeutete dem Betriebsratsvorsitzenden, daß er nicht wünsche, daß in seinem Betrieb „Politik" getrieben werde (außer einer bestimmten Politik natürlich, nämlich der Unternehmerpolitik) und ersuchte den Arbeitervertreter mit gerunzelten Brauen Flugblattverteilung und Plakatanschlag zu unterbinden. Dienstbeflissen enteilte der Betriebsratsvorsitzende zu jenem Kollegen, untersagte ihm sein „aufrührerisches" Treiben, welches der nationalen Verständigung und der Errichtung der deutschen Einheit dient, und ließ auch prompt das Plakat entfernen.

*

Ein Freund des Friedens verteilte in der Morgenfrühe um 6 Uhr vor der Schiffs- und Maschinenbau AG im Hafen Flugblätter mit dem Aufruf zur Teilnahme an der Konferenz der Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Seeleute am 8. und 9. Juli in Bremen. Ein Hüter der Heiligen Hermandad von der Jungbusch-Wache tauchte auf, nahm freundlich lächelnd mit spitzen Fingern zwei der Blätter in Empfang und ging damit beschwingten Fußes zur Wache. Ein zweiter Flugblattverteiler gesellte sich inzwischen zu dem ersten und die Verteilung nahm ihren, durchaus nicht die Ordnung bedrohenden Fortgang. Nicht lange danach kehrte der Gesetzeshüter auf den Schauplatz zurück, um einen zweiten verstärkt, ersuchte die Verteiler um ihre Ausweise und nahm die Personalien auf! Sicher war der Inhalt des Flugblattes Gegenstand eines Kriegsrates auf der Jungbusch-Wache gewesen und das Resultat war die nun hier geschilderte Maßnahme.

Bleibt die Frage: Auf welchen Paragraphen stützen die Beamten dieses Vorgehen und was waren ihre Beweggründe? Wären es Beamte der amerikanischen Militärpolizei gewesen, so ließen sich dafür noch ein Motiv finden, aber deutsche Beamte? Die Hafenarbeiterkonferenz dient der Mobilisierung der Friedenskräfte, um den Umschlag von Kriegsmaterial zu verhindern, was kann die deutsche Polizei gegen den Frieden haben? Solche Beflissenheit nimmt sich merkwürdig aus.

Haftbefehl des amerikanischen Gerichts gegen französischen Staatsbürger

Stuttgart. (lwb) Das amerikanische Distriktgericht in Stuttgart hat am Donnerstag gegen den französischen Staatsbürger, der am Dienstagabend in Stuttgart auf seine frühere Quartiergeberin geschossen hatte, einen Haftbefehl erlassen.

Die Stuttgarter Polizei hofft, bis spätestens Freitag ihre Ermittlungen über den Vorfall abschließen zu können. Nach Angaben der Polizei handelte es sich bei der Tat vermutlich um einen Akt der Eifersucht. Der Ehemann der verletzten Frau habe kurz vor dem Vorfall eine Auseinandersetzung mit dem Franzosen gehabt, in deren Verlauf sich die Frau auf seiten ihres Mannes gestellt habe. Kurz darauf habe der Franzose der Frau in den Arm und in die Brust geschossen. Der Ehemann habe dann gemeinsa mit Straßenpassanten dem Franzosen die Waffe entwunden und ihn bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Der Täter ist im wesentlichen geständig.

Die verletzte Frau hat beim ersten Verhör eine Aussage abgelehnt. Nähere Einzelheiten über die Vorgänge, die zu der Tat führten, will die Stuttgarter Polizei noch nicht bekannt geben, da die Aussagen verschiedener Zeugen nicht in allen Punkten übereinstimmten.

Aus dem Weinheimer Stadtrat

Weinheim. Zu einem Baugesuch wurde Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot nach Paragraph 11 O.Str.G. befürwortet. Gesuche um käufliche Ueberlassung von städt. Bauplätzen wurden genehmigt. Es wurde beschlossen, für Grundstücke westlich des Schlachthofs die Baulandumlegung einzuleiten. Baudarlehensanträge wurden beraten und unter Uebernahme der Ausfallhaftung befürwortet. Zu einem Baugesuch wurde Nachsicht von den Vorschriften der städtischen Bauordnung erteilt. Die Niederschriften über die Sitzungen der Ortsschulbehörde und der Krankenhauskommission wurden beraten. Konzessionsgesuche und Gesuche um die Ermäßigung von Schulgeld wurden entschieden. Gegenstand der Beratung war auch die Frage der Kartoffelkäferbekämpfung, zu der die Pflanzer verpflichtet sind.

Frau vom Fahrrad gezerrt und bewußtlos geschlagen

Mannheim. Im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt haben in der Nacht zum Mittwoch zwei 30jährige Männer eine Frau vom Fahrrad gezerrt und sie dann belästigt. Da die Frau sich heftig wehrte, kam es zu Tätlichkeiten. Dabei wurde Frau bewußtlos geschlagen. Eine zufällig vorbeikommende Polizeistreife nahm die beiden Uebeltäter an Ort und Stelle fest.

Teures Entgegenkommen der Amerikaner

Freigabe des Stadions nur gegen Errichtung eines Sportplatzes für die Besatzungsmacht — Der Spaß soll uns 230000 DM kosten

Mannheim. Kann die Stadt Mannheim die Freimachung des seit 1945 von den Amerikanern besetzten Stadions bezahlen, war die große Frage, mit der sich der Technische Ausschuß am Mittwoch eingehend beschäftigte. Nachdem bisher alle Bemühungen zur Wiedererlangung des Stadions vergeblich waren, hat sich die Besatzungsmacht nunmehr doch bereiterklärt, mit sich verhandeln zu lassen. Aber die Bedingungen, die sie für die Freigabe stellte, sind wieder einmal geeignet den Stadtsäckel gewaltig zu erleichtern. Sie verlangen danach die Errichtung einer Sportanlage für amerikanische Besatzungsangehörige auf dem ehemaligen Flugplatzgelände in Neuostheim, die durch die Stadt Mannheim mit 230 000 DM finanziert werden soll. Diese Summe, die man in der Sitzung nicht umsonst als recht erheblichen Aufwand bezeichnet, soll zudem noch bescheidenst kalkuliert sein. Die Verhandlungen mit den Amerikanern sollen sehr schwer gewesen sein, aber man will trotzdem versuchen, den Kostenpunkt noch etwas herabzudrücken.

Wie Bürgermeister Trumpfheller bekanntgab, kostet die Stadt Mannheim der Unterhalt des Stadions jährlich 100 000 DM. Dieser Betrag könnte nun nach seinen Ausführungen dadurch eingespart werden, daß einem Antrag des Vereins für Rasenspiele entsprechend, diesem das Stadion überlasssen werden sollte. Der VfR hat sich bereiterklärt einmal 10 000 jährliche Miete zu bezahlen und zum anderen für den gesamten Unterhalt des Stadions aufzukommen. Außerdem will er die Anlage wesentlich ausbauen und bei der Benützung des Stadions anderen Mannheimer Vereinen weitgehendst entgegenkommen.

Dazu erklärte Stadtrat Stark (KPD), daß die Bedingungen der Amerikaner recht bedenklich seien. Man solle bei Geschäften mit amerikanischen Stellen grundsätzlich skeptisch sein. (Siehe letzter Reinfall der Stadt beim Boxkampf). Außerdem war bei früheren Verhandlungen mit den Amerikanern schon einmal der Betrag von lediglich 100 000 DM für die Errichtung der Sportplatzanlage auf dem Fluggelände erwähnt worden. Weiterhin empfahl Stadtrat Stark sich mit dieser Frage nochmals ausführlich im Sportausschuß zu beschäftigen und überdies wird die letzte Entscheidung darüber in der nächsten Sitzung des Stadtrates gefällt werden. Von dem empfehlenswerten Vorschlag Starks daß sich ja eventuell der VfR maßgeblich an der Finanzierung der Flugplatz-Sportanlage beteiligen könnte, wollte Bürgermeister Trumpfheller nichts wissen.

Das Stadion-Projekt wird der Stadtverwaltung zweifellos noch manches Kopfzerbrechen bereiten und man wird sehr umsichtig handeln müssen, wenn man nicht wieder einmal gewaltig draufzahlen will. Wenn man heute nahezu eine Viertelmillion DM in ein Wunschprojekt der Amerkaner (300 m lange Bahn für Treibball und ein Baseballfeld etc.) steckt, besteht nicht die geringste Garantie daß diese Summe auch tatsächlich wieder herauskommt. Zudem wird das für ausgesprochen amerikanische Sportarten eingerichtete Sportgelände für uns im gegebenen Fall absolut nicht geeignet sein

Wird der VfR überhaupt neben all den anderen Ausgaben auf die Dauer eine Miete für das Stadion in Höhe von 10 000 DM und die Unterhaltskosten des Stadions bezahlen können? Was wird, wenn Mannheim eines Tages keine Besatzungsmacht mehr in seinen Mauern hat und dem VfR die Pacht zu hoch sein wird? Dann wird die Stadt Mannheim zwei Stadions zu unterhalten haben, aber dabei keineswegs auf Unterstützung anderer Mannheimer Sportvereine rechnen können da nicht nur der VfL Neckarau, sondern auch der SV Waldhof bereits ihre eigenen Sportanlagen bedeutend ausbauen. Wenn der Amerikaner absolut ein Stadion will, dann soll er es sich gefälligst selbst bauen. Man hat dem Steuerzahler ohnehin schon den letzten Pfennig für Besatzungskosten aus der Tasche geholt, so daß die Bevölkerung sich energisch verbitten wird, noch die Sonderwünsche der Amerikaner zu befriedigen.

Arbeitskreis für Berufsausbildung im „Feldschlößl"

Kollege Bleichert über „Richtlinien neuzeitlicher Berufsausbildung" Erfreuliche Besucherzahlen

Mannheim. Die im Rahmen des Arbeitskreises für Berufsausbildung stattgefundene Zusammenkunft von mit der Jugenderziehung betrauten Delegierten aus den einzelnen Betrieben, Pädagogen und sonstigen Gästen, konnte eine erfreuliche Besucherzahl aufweisen. Zunächst ward in der Eichbaumbrauerei den Liebhabern „des feuchten Naß'" und den übrigen Anwesenden Gelegenheit geboten, sich vom Werdegang dieses Getränkes an Hand eigener Anschauung zu überzeugen.

Anschließend umriß der Sachbearbeiter für Berufsausbildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Bleichert, im „Feldschlößle" Aufgaben und Richtlinien der kommenden Berufsausbildungsarbeit. Eingehend auf die zentrale Handhabung der Berufsausbildung „von oben her" während des Naziregimes durch die Reichswirtschaftskammer betonte der Referent, daß nach 1945 mit dem Wegfall der staatlichen Bevormundung und dem des staatlich rechtlichen Charakters der Berufsausbildung sich für die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften ein breites Aufgaben- und Verpflichtungsfeld ergeben habe. Durch den Kampf um das Mitbestimmungsrecht wurde auch für die Betriebsräte die Möglichkeit geschaffen, als gesetzlich autorisierte Beauftragte für Berufsausbildung hinsichtlich deren Durchführung und Zielsetzung entscheidenden Einfluß zu nehmen.

Neben dem Berufsausbilder, dem Ausbildungsprüfer und dem Lehrling selbst als den drei Menschen, denen im Berufsausbildungsprozeß besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, gelte es sogenannte „Ausbildungssignale" und „Umweltssignale" zu berücksichtigen. Umweltssignale bedeuten das soziale Milieu, Schulbildung, Elternhaus, also alle jene Beeinflussung durch die Umwelt, welcher den Werdegang des jungen Menschen entscheidend mitbestimmen. Unter Ausbildungssignalen verstand der Redner das Schema und die verschiedenen Stationen der etappenweise vor sich gehenden Ausbildung des Lehrlings. So wie ein Eisenbahnzug planmäßig an vorher festgelegten Punkten anhalte und umgeleitet werde, müsse auch der Lehrlingsausbildung ein konkreter Plan zugrunde liegen. Hierzu seien erforderlich Ausbildungsplan, Lehrvertrag, Versetzungsplan u. a. m.

Nachdem der Referent noch der Person des Berufsausbilders, der Fachmann, Persönlichkeit und Pädagoge sein müsse, sowie dem Prüfer und selbstverständlich auch dem in seiner schwierigsten Entwicklungszeit begriffenen Lehrling einige Worte gewidmet hatte, faßte er seine Ausführungen in dem Appel an die Anwesenden, mitzuwirken an der Schaffung besserer und modernerer Berufsausbildungsmöglichkeiten, zusammen.

Wenn Koll. Bleichert hierbei allerdings das „offene Ohr" des westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer, insbesondere für die Fragen der Berufsausbildung glaubte herausstreichen zu müssen, so sind wir hier anderer Meinung.

Die Taten der nach der Pfeife des Petersberg tanzenden Bundestagsmehrheit bieten hier ein anderes Bild. Es ist Adenauer und seiner Clique zu verdanken, daß heute Tausende junger Menschen ohne Lehrstellen sind und arbeitslos auf der Straße liegen. Statt genügend Lehrwerkstätten zu schaffen, verweist man auf einen neuen Arbeitsdienst mit allzu durchsichtigen Tendenzen.

Auch die Frage der Schaffung von Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend ist nicht zu trennen von den anderen dringenden Problemen unserer Zeit, z. B. dem der Schaffung einer freien deutschen Wirtschaft, der eine gesunde und friedliche Entwicklungsmöglichkeit ohne Besatzungsstatut und Marshallplanbehinderung gegeben ist.

Kommunisten gegen neue Massensteuern

KP-Fraktion legt Voranschlag der Stadt Karlsruhe ab

Karlsruhe. Nach mehreren nichtöffentlichen Beratungen hatte der Stadtrat in der Sitzung am 27. 6. endgültig zu dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1950 Stellung zu nehmen.

Einleitend gab OB. Töpper der Hoffnung Ausdruck, daß ein „guter Stern" über dieser Schlußberatung stehen möge.

Nach ihm hoffte Stadtrat Walter (SPD), daß der hauptsächlich infolge von Personaleinsparungen erzielte Ausgleich des Ordentlichen Planes sich nicht als fiktiv erweisen werde. Die erfolgten und noch durchzuführenden Entlassungen städtischer Bediensteter bezeichnete er als notwendig. Soziale Härten sollten jedoch vermieden werden. Namens seiner Fraktion erteilte er dem Haushaltsplan die Zustimmung.

Nach eingehender Gewissenerforschung in den Reihen der CDU, hob Stadtrat Dr. Kühn an, sei man zu der Ueberzeugung gelangt, daß es keine gerechtere Ausgleichsmöglichkeit gebe. Hierauf erfolgte die grotesk anmutende Erklärung, Einsparungen dürften aber nicht nur beim kleinen Mann getätigt werden; und wie ein schlechter Witz klang sein Appell, die Personalpolitik städtischer Aemter nicht unter dem Gesichtswinkel von Parteizugehörigkeit erfolgen zu lassen. Anschließend stimmte der Fraktionsführer der DVP „schweren Herzens" dem Plan zu.

Als Sprecher der KP-Fraktion wandte sich Stadtrat Dietz zunächst den getroffenen Einsparungen am Personaletat in Höhe von 750 000 DM zu. OB. Töpper habe dabei an die sogenannten staatsbejahenden Parteien appelliert, sich den diesbezüglichen Vorschlägen der Stadtverwaltung nicht zu verschließen. Weil die KPD den Massenbelastungen wie Mietpreiserhöhung, Sondersteuer für Speiseeis u.a.m., die Zustimmung verweigerte, nenne man ihre Gegenvorschläge agitatorisch. Staatserhaltend im Sinne des Herrn Oberbürgermeister bedeute in Wirklichkeit: Wiederherstellung der unumschränkten Macht des Kapitalismus. Die stereotypen Phrasen von „sozialer Gerechtigkeit" könnten darüber nicht hinwegtäuschen. 160 000 DM gedenke die Stadtverwaltung durch Wegfall des seither von ihr getragenen Arbeitnehmeranteils bei der Zusatzversicherung zu sparen. Der Redner forderte die Einführung der alten Ruhelohnordnung; weiterhin übte er Kritik an der geplanten Beförderungssperre. Nicht in den unteren Dienstgraden, sondern vom Amtmann aufwärts solle diese Maßnahme getroffen werden. Im Folgenden warnte Stadtrat Dietz eindringlich vor der Aufnahme von sogenannten Garioamitteln zur Kreditierung v. kommunalwirtschaftlichen Betrieben. Könne der geforderte Zinsendienst nicht pünktlich geleistet werden, so bestehe die große Gefahr, daß diese Betriebe unter die Treuhänderschaft der Besatzungsmacht geraten.

Die gegen die Stimmen seiner Fraktion beschlossene Tariferhöhung bei der städtischen Straßenbahn hätten sich ungünstig ausgewirkt; um 1,5 Millionen DM seien die Beförderungseinnahmen zurückgegangen.

Zur Frage des Staatstheaters erklärte der Sprecher, daß diese Kulturstätte unter allen Umständen erhalten bleiben müsse. Die Finanzwirtschaft des Intendanten nannte er leichtsinnig. Erwiesenermaßen fehle dem Betreffenden jegliches soziales Verständnis für seine Untergebenen. Auch in künstlerischer Hinsicht sei man enttäuscht worden. Die seit geraumer Zeit von sämtlichen Fraktionen geübte Kritik müsse endlich einmal bezüglich der schon öfters erwähnten Kündigung des Intendanten, in die Tat umgesetzt werden. Zwei Forderungen unterbreitete Stadtrat Dietz der Stadtverwaltung: Man solle im Städtetag darauf hinarbeiten, daß die den Gemeinden von Bund und Land aufgebürdeten Belastungen, vor allem die Verwaltungskosten für Besatzungskosten und Soforthilfeamt abgenommen werden. Ferner solle alles unternommen werden, um die unter dem Existenzminimum liegenden Fürsorgesätze unverzüglich zu erhöhen.

Mit Ausnahme der schon erwähnten Positionen, zu denen noch die Tiefbauamtsgebühren, Personaleinsparungen und die Erhöhung der Gewerbesteuer hinzukommt, stimmte der Sprecher dem ordentlichen Haushaltsplan zu. Eine Stellungnahme zu den fiktiven Millionen des zweiten Teils des außerorentlichen Haushalts, lehnte er ab. Zum Schluß sprach er allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, insbesondere dem Personal des städtischen Krankenhauses, den Dank für die geleistete Arbeit aus.

Auf Protest des DVP-Stadtrates Schopf, der den Oberbürgermeister einer Verbeugung vor den Kommunisten bezichtigte, unterblieb die beabsichtigte protokollarische Niederschrift der Stellung der KP-Fraktion. Bei der Endabstimmung wurde die Haushaltssatzung gegen die Stimmen der KP angenommen. -ä-

Westliches Sittenbild

An den leiblichen Töchtern unsittlich vergangen

Mannheim. Es bedurfte eines harmlosen Plaudertons, psychologischen Einfühlungsvermögens und Varianten im Gesprächsthema von seiten des Richters, um aus den beiden noch im schulpflichtigen Alter stehenden jungen Mädchen die Bestätigung des schändlichen Verhaltens ihres Vaters zu erhalten. Letzterer stand unter der Anklage der Blutschande mit Notzucht und weiteren einschlägigen Delikten vor der Strafkammer.

Verteidiger wie auch der medizinische Sachverständige bezeichneten den Angeklagten als einen notorischen Säufer, dessen negatives Erbgut mit ein entscheidender Faktor bei der Begehung seiner Sexual-Delikte gewesen sei. So litt der Bruder des Angeklagten an Verfolgungswahn, während der Vater eine erhebliche Strafliste aufzuweisen hatte und schließlich in einer Anstalt endete. Der Angeklagte selbst sei Hysteriker, epileptisch und hypersexuell veranlagt und leide unter einer ausgesprochenen Eifersuchtspsychose äußerte sich der medizinische Sachverständige weiter zur Person des Angeklagten. Neben der zerrütteten Verhältnisse im Elternhaus war die Ehe des Angeklagten, insbesondere nachdem er aus dem Kriege zurückgekehrt war, keineswegs die beste. Daß es seine Frau mit der ehelichen Treue nicht allzu genau nahm, hatte dem an sich überempfindlichen Phatelogen den letzten Rest moralischer Widerstandskraft, als auch von Willens- und Charakterfestigkeit genommen. Regelmäßig nach Empfang seines Lohnes gab er sich dem Trunke hin, schlug hernach seine Frau und randalierte über sich und seine Umwelt. Seinen Töchtern drohte er mit der Klopfpeitsche falls sie ihm nicht zu willen seien. Die beiden armen Geschöpfe, die beide vor Gericht einen guten und aufgeweckten Eindruck hinterließen, wagten sich dem Ansinnen des in seiner Trunkenheit jähzornigen Rohling von Vaters nicht zu widersetzen.

Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plädoyer 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis für den Vater. Von einer Zuchthausstrafe sah er wohl deshalb ab, weil, wie bereits erwähnt, Umweltsfaktoren und Erbeinflüsse des Angeklagten ein typisch degeneriertes Bild aufwiesen.

Ob allerdings eine Gefängnisstrafe die nötige heilsame Wirkung auf seine krankhafte Veranlagung haben wird, ist zu bezweifeln. Unterbringung in einer mit modernen Heilmethoden arbeitenden Heil- und Pflegeanstalt wäre hier gewiß angebrachter.

Nicht unerwähnt sollen hier auch die außerordentlich schlechten Wohnraumverhältnisse des Angeklagten bleiben. Es ist klar, daß bei einem derartigen engen Aufeinanderhocken einer zahlreichen Familie, wie das hier der Fall war, die nicht zu vermeidenden Intimitäten, wie Einblicke der Kinder in das Geschlechtsleben der Erwachsenen, enges Beieinanderschlafen von Bruder und Schwester u. ä. der Boden sind, auf dem fehlgeleitete Triebe und sittliche Entgleisungen am ehesten zum Durchbruch kommen.

Wir bringen das Urteil in unserer morgigen Ausgabe.

Der Stein auf dem Haupt des Feindes

Stuttgart. (lwb.) Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen den 43jährigen Schuhmachermeister Adolf Jensinger aus Zell am Neckar Anklage wegen versuchten Totschlages erhoben. Jensinger wird beschuldigt, im Dezember des vergangenen Jahres aus dem Bodenfenster seines Hauses einen 21 Pfund schweren Stein auf den Bäckermeister Friedrich Greiner herabgeworfen zu haben.

Greiner hatte dabei einen Schädelbruch erlitten. Der Angeklagte soll den Bäckermeister, mit dem er wegen eines Hausbaues befeindet war, schon früher mit dem Schustermesser angegriffen und mit Bauchaufschlitzen bedroht haben.

Was geht in Korea vor?

Im Juli 1949 verlangten fünf südkoreanische Abgeordnete der „Rechtspartei" den Abzug der Amerikaner, „damit Korea nicht das Schicksal Griechenlands erleidet". Sie wurden verhaftet.

Der rechtsstehende Präsident Kim Koo erklärte, daß die Politik der Amerikaner in Korea das Land zwangsläufig in einen Bürgerkrieg stürzen müsse und verlangte deshalb den Abzug der Amerikaner. Er wurde ermordet.

Mord, Terror und Unterdrückung herrschen in Korea. Das Volk setzt sich heldenmütig zur Wehr gegen seine Bedrücker.

Hört die Wahrheit über Korea:

In Heidelberg:

Heute, Freitag, den 30. Juni, um 20 Uhr, in der Klingenteich-Turnhalle.

Es spricht

Landtagsabgeordneter Julius Schätzle - Stuttgart

In Mannheim:

Am Montag, den 3. Juli 1950, um 20 Uhr, in der Wandelhalle des Rosengartens.

Es spricht

Willi Bohn Redakteur in Stuttgart

Die Bevölkerung ist herzlichst eingeladen. — Unkostenbeitrag 20 Pfg.

Nationaltheater Mannheim

Am Sonntag, dem 2. Juli, 14.30 Uhr, wird das musikalische Lustspiel **„Meine Schwester und ich"** von Benatzky in einer Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen zum letzten Mal gegeben.

Am Mittwoch, dem 5. Juli, 19.30 Uhr, singt Kurt Schumacher in der Oper **„La Traviata"** die Partie des Alfred.

Am Donnerstag, dem 6. Juli, 20 Uhr, steht das Lustspiel **„Fußballtoto"** von Arnold Ridley zum letzten Mal auf dem Spielplan.

In der letzten Aufführung der Berliner Tragikomödie **„Die Ratten"** von Gerhart Hauptmann, in der Inszenierung von Rich. Dornseiff am Freitag, dem 7. Juli, 19.30 Uhr werden die scheidenden Darsteller Irmgard Kleber, Paula Nova, Elisabeth Raabe, Günther Erich Martsch und Karl Thiede sich vom Mannheimer Publikum verabschieden.

Theater des Volkes veranstaltet:

Sommerfest im Eisstadion

Mannheim. Am Samstag, dem 1. Juli, Sonntag, dem 2. Juli, Montag, dem 3. Juli und Dienstag, dem 4. Juli veranstaltet das „Volks-Theater Mannheim" im Eisstadion Mannheim (Friedrichspark) ein großes „Sommerfest für große und kleine Leute" mit vielen Ueberraschungen und Darbietungen für jung und alt.

Einige Auszüge aus dem umfangreichen viertägigen Programm: Für die Jugend: Schiffsschaukel, Kindersportkarussell, Kasperltheater sowie besondere Unterhaltung mit Verteilung von Geschenken, Eisstand und Coca-Cola-Bar. Für Erwachsene: Wein- und Bierzelt, eine Likörbar. Auch hier wird für Speise, Getränke und Unterhaltung reichlich gesorgt. (Ambulantes Gewerbe). Eine 400 qm große Tanzfläche und Darbietungen der Künstler des „Volkstheaters" sorgen in der „Bunten Nacht ohne Ende" für das Uebrige. Eintrittspreis einschl. Tanz für Erwachsene 60 Pfennig und für Kinder 30 Pfg. Beginn am Samstag, 14.30 Uhr. Ueber Vorverkauf, weitere Anfangszeiten und Sonstiges unterrichten die überall angebrachten Plakate.

Kirchlicher Protest gegen Bert Brechts „Mutter Courage" in Freiburg abgelehnt

Freiburg. (lwb) Ein Antrag kirchlicher Kreise Freiburgs, das Schauspiel „Mutter Courage und ihre Kinder" von Bert Brecht vom Spielplan des Stadttheaters abzusetzen, ist vom Freiburger Stadtrat mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Die Antragsteller hatten keinen Anstoß an der allgemeinen, den Krieg verurteilenden Tendenz des Stückes genommen, sondern an der Figur des Feldpredigers aus dem 30jährigen Krieg, der von Bert Brecht nicht als Idealgestalt eines Geistlichen, sondern als ein mit allen menschlichen Schwächen behafteter Vertreter der Kirche gezeichnet ist.

Die Freiburger Erstaufführung, die dieser Tage stattfand, erntete beim Publikum starken Beifall.

Schachnachrichten

Mannheim. Am Sonntag, dem 9. Juli 1950, morgens 9 Uhr, findet beim Schachklub

„Pfingstberg

der diesjährige Bezirkstag statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist jeder Verein verpflichtet, einen Vertreter zu entsenden. Die Bezirksleitung.

Gewerkschaftsbüros wegen Umzug geschlossen

Infolge Umzugs nach O 4, 8-9 sind sämtliche Gewerkschaftsbüros am Montag, den 3. Juli und Dienstag, den 4. Juli, geschlossen. Ebenso ist während dieser Zeit der Fernsprechverkehr außer Betrieb.

Am Mittwoch, den 5. Juli, vorm. 8 Uhr, sind sämtliche Büros in O 4, 8-9, mit Ausnahme der Rechtsauskunftsstelle, die Mittwochs keine Sprechstunden hat, wieder geöffnet.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Mannheim, O 4, 8-9

Mutter von 14 Kindern tödlich verunglückt

Hagnau (Kreis Ueberlingen). (lwb.) Beim Kirschenpflücken stürzte dieser Tage in Hagnau eine 51 Jahre alte Frau aus sechs Meter Höhe vom Baum. Im Meersburger Krankenhaus erlag sie bald darauf den beim Sturz erlittenen inneren Verletzungen.

Die Verunglückte war Mutter von vierzehn Kindern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kurz notiert

Jetzt erst Opfer eines Luftangriffes aufgefunden

Sinsheim. (lwb). Dieser Tage entdeckte ein Einwohner von Siegelsbach bei Sinsheim beim Schneiden von Hasenfutter in einem fast eingeebneten Splittergraben ein menschliches Skelett, das nur von einer dünnen Erdschicht und einer beschädigten Barackentür bedeckt war. Die Gebeine konnten inzwischen als die Ueberreste eines Zimmermeisters aus Bargen, Kreis Sinsheim, indentifiziert werden, der seit einem Luftangriff im März 1945 als vermißt galt.

Protest gegen Verunreinigung der Elsenz

Steinsfurt. (lwb). Der Gemeinderat von Steinfurt im Kreis Sinsheim hat in einem Schreiben an den Landrat des Kreises gegen die Verunreinigung der Elsenz durch Abwässer der Spritfabrik in Riechen protestiert. Kopien des Protestschreibens, das auch von den Gemeinden Ittlingen, Reihen Rohrbach, Hoffenheim und Zuzenhausen unterzeichnet wurde, sind dem Gesundheitsamt, dem Kreistag und dem Wasserwirtschaftsamt Heidelberg zugeleitet worden.

Professor Plank Mitglied des deutschen Forschungsrates

Karlsruhe. (lwb). Professor Dr. Rudolf Plank von der Technischen Hochschule in Karlsruhe ist gleichzeitig mit dem Rektor der Technischen Hochschule in München, Professor Dr. Piloty zum Mitglied des deutschen Forschungsrates gewählt worden.

Prof. Backhaus Rektor der T. H. Karlsruhe

Karlsruhe. (lwb). Der ordentliche Professor für theoretische Elektrotechnik und Schwachstromtechnik, Dr. Hermann Backhaus, ist zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe für das Studienjahr 1950/51 gewählt worden. Professor Backhaus wird sein Amt am 1. November 1950 antreten.

Saunabad in Karlsruhe

Karlsruhe. Das erste Saunabad in Karlsruhe wurde am Mittwoch im Künstlerhaus eröffnet. Das Bad, das mit allem Komfort ausgestattet ist, wurde durch die Stadtverwaltung in Verbindung mit den städtischen Krankenanstalten errichtet.

Was war in Berlin los?

Darüber berichten Teilnehmer am großen Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten in Berlin,

Heute, Freitag, dem 30. 6. 1950, um 20 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstraße 42 in Karlsruhe.

Die Bevölkerung ist dazu herzlichst eingeladen. Eintritt frei.

FDJ, Kreisvorstand Karlsruhe.

Der Krankenwagen war frisch gestrichen

Mühlacker. (lwb) Auf der Landstraße zwischen Mühlacker und Lomersheim stießen dieser Tage zwei Motorradfahrer in voller Fahrt aufeinander. Einer der Fahrer war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt.

Da der einzige erreichbare Krankenwagen gerade frisch gestrichen worden war, mußte der Schwerverletzte eine halbe Stunde lang warten, bis man sich dazu entschließen konnte, den Wagen doch einzusetzen.

Achtjähriges Mädchen beim Lindenblütenpflücken tödlich verunglückt

Bad Mergentheim. (lwb.) In Wildenthierbach im Kreise Bad Mergentheim fiel dieser Tage ein achtjähriges Mädchen beim Lindenblütenpflücken vom Baum herab auf einen Lattenzaun. Das Mädchen war sofort tot. Eine Latte des Zaunes war dem Mädchen in der Nähe des Herzens in den Leib gedrungen.

Verwaltungsreform - ein geplatzter Wahlschlager

Die Verwaltungsreformer der Regierungskoalition wollen Neuauflage des Hornberger Schießens veranstalten

Stuttgart. (EB.) Der Finanzausschuß des württembergisch-badischen Landtags behandelte in seiner letzten Sitzung in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Maier und einiger anderer Minister und Regierungsvertreter erneut die sog. Verwaltungsreform.

In dieser Beratung ergab sich nun allerdings ein ganz anderes Bild von dem wirklichen Sachverhalt, als Ministerpräsident Maier ihn in der Oeffentlichkeit hinstellte. Zunächst einmal ging aus einem Schreiben des Staatsministeriums an den Vorsitzenden des Finanzausschusses hervor, daß tatsächlich von der Regierung, also unter der Verantwortung desselben Ministerpräsidenten, erhebliche Stellenvermehrungen beantragt wurden. Im Verlauf der Debatte meldeten sich aber außerdem die Vertreter der verschiedensten Ministerien — darunter gerade solcher, die erheblich eingeschränkt werden sollen — zum Wort, um darzutun, an wieviel Stellen eine Vermehrung der Beamten und Angestellten eintreten müsse. Diese Ausführungen sind geeignet, die von Dr. Maier genannten, recht wenig verbindlichen Zahlen über den beabsichtigten Abbau beim Landwirtschafts-, Wirtschafts- und beim Arbeitsministerium erst recht als fragwürdig erscheinen zu lassen. Hinzu kommt, daß der Termin für diese Abbaumaßnahmen in das Jahr 1951 verlegt wurde, einen Zeitpunkt also, zu dem die zu den bevorstehenden Wahlen gemachten Versprechungen (so hoffen wenigstens die gegenwärtig regierenden Verwaltungsreformer) längst wieder vergessen sein werden.

Der Abgeordnete Leibbrand (KPD) bemerkte in der Debatte, daß der Inhalt der öffentlichen Reden des Ministerpräsidenten in einem krassen Gegensatz zu den an den Finanzausschuß herangetragenen Vorschlägen stehe. Bei einer Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten werde oft noch ein höherer Gesamtaufwand herauskommen als bisher. Wenn die Stellenvermehrungen im öffentlichen Dienst, wie der Ministerpräsident erklärte, berechtigt und notwendig seien, dann dürfe er keine solche Agitation in der Oeffentlichkeit treiben. Die bisher offengehaltenen sog. „Vorratsstellen“ seien in keinem Falle von der Regierung bei der Ausarbeitung ihres Etats gestrichen worden, das habe immer der Finanzausschuß tun müssen.

Auch von dem angekündigten großen Verwaltungsabbau im Staatsministerium sei bis jetzt nicht viel bekanntgeworden. Dieser sah vielmehr so aus, daß ein Ministerialrat beim Staatsministerium abgebaut, aber in das Landwirtschaftsministerium eingebaut wurde.

Landtags-Statistik

Stuttgart. (EB.) Einer Statistik über den württembergisch-badischen Landtag zufolge ergriff Abg. Robert Leibbrand, der Vorsitzende der KPD Württemberg-Baden, in den Plenarsitzungen des Landtages bisher 209mal das Wort. Er steht damit, was die Häufigkeit der Wortmeldung anbelangt, an zweiter Stelle unter den Abgeordneten.

Leider ist die Statistik noch nicht so weit, daß sie auch die Bedeutung und den Gehalt der von den einzelnen Abgeordneten gemachten Ausführungen widerspiegeln könnte. Bei einer derartigen Bewertung könnte den Abgeordneten der KD kein Abgeordneter einer anderen Partei die vordersten Plätze streitig machen.

Die Werktätigen sollen vollends schutzlos gemacht werden

Stuttgart. (EB.) Im Verlaufe der letzten Sitzung des Finanzausschusses des württembergisch-badischen Landtags beantragte die DVP, das Arbeitsministerium aufzulösen. Der Antrag wurde mit allen gegen 3 Stimmen der DVP abgelehnt. Wir können uns noch erinnern, daß anläßlich der Eröffnung der Arbeitsgerichte vor drei Jahren der der DVP angehörende Ministerpräsident Maier sagte, daß in einem modernen Staat unbedingt ein Arbeitsministerium gehöre.

Eine Million für Landespolizeischule

Heidenheim. (lwb.) Die frühere Polizeischule in Heidenheim soll als Landespolizeischule eingerichtet werden. In den Gebäuden der Schule waren in den letzen Jahren DPs untergebracht. Die Renovierung der Gebäude erfordert einen Kostenaufwand von 200 000 DM, die Gesamtkosten für die Instandsetzung und Herrichtung als Polizeischule werden auf etwa eine Million DM geschätzt. Die Schule wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr eröffnet werden können.

DVP-Vorsitzender verklagt CDU-Bürgermeister

Mannheim. Am Mittwoch war vor dem Schöffengericht der CDU-Bürgermeister von Neckarhausen, Eduard Schläfer, wegen übler Nachrede (Vorwurf ehemaliger Zugehörigkeit zur NSDAP gegen einen Vorsitzenden der DVP) angeklagt. Das Gericht verurteilte ihn schließlich zu 50 DM Geldstrafe. Rein rechtlich ist dieser Fall nichts besonderes, dafür aber bezeichnend für die Charakterisierung von Personen, die in Neckarhausen durchaus keine unbedeutende politische Rolle spielen.

Der Grund zu der persönlichen Auseinandersetzung DVP-Dichingers mit CDU-Schläfer (einem ehemaligen Wehrmachtsbeamten) war für den Ersteren die Erlangung einer komfortablen Wohnung in Neckarhausen, die ihm Letzterer allerdings nicht sofort zu Füßen legte. Darüber erbost glaubte DVP-Dichinger mit dem allzu oft mißbrauchten Prädikat, „er sei Otsflüchtling und politisch Verfolgter“, dem Bürgermeister imponieren zu können. Wörtlich schrieb er: „Ich habe auch als Antifaschist für Freiheit und Recht gekämpft und will nun eine Wohnung ...“

CDU-Schläfer hatte aber gar keine Lust, die Wünsche Dichingers zu respektieren und wollte nun dem ihm aufdringlich gewordenen DVP- Vorsitzenden eins auswischen. (Vorsitzender zu Dichinger: „Sie betrachten es wohl als Politik, sich gegenseitig mit Dreck zu bespritzen ...“)

Dichinger, der während der Verhandlung einmal als „Hyäne des politischen Schlachtfeldes“ bezeichnet wurde, gehörte formell tatsächlich der NSDAP an, obwohl er vor Gericht behauptete, er sei im Jahre1939 abgelehnt worden. Daß er aber trotzdem zu einer Parteinummer kam, wie ihm von der amerikanischen Dokumentenzentrale bewiesen wurde, erschien ihm selbst mysteriös.

Das hinderte ihn aber nicht, sich weiterhin als Antifaschist zu bezeichnen, den während des Dritten Reiches die Gestapo „öfters am Wickel“ gehabt hätte. Damals war er übrigens Betriebsführer in einem Rüstungsbetrieb in Salzburg.

Als er versuchte, sich nach dem Kriege zur Erlangung persönlicher Vorteile in die VVN einzuschleichen, wurde er dort abgelehnt. Sein ehemaliger Ortsgruppenleiter, stellte ihm in einem Schreiben neuerlichen Datums unter die Kategorie aller jener Elemente, die damals lediglich aus Konjunkturrittertum der NSDAP beitraten. Kurz nach dem Kriege gelang es dem „entnazifizierten“ DVP-Dichinger — man höre und staune — den Vorsitzenden einer Spruchkammer zu spielen. Damit hat man praktisch den Bock zum Gärtner gemacht. Obwohl er aber etwas später auf Grund der Ermittlungen der Dokumentenzentrale seines Amtes enthoben wurde, unterließ er keinen Versuch, selbst das Befreiungsministerium für seine persönlichen Interessen einzuspannen.

Der CDU-Bürgermeister, der die Vergangenheit Dichingers ahnte, bezeichnete ihn eines Tages als Parteifreund des ehemaligen Nazibürgermeisters von Neckarhausen, was Dichinger dann auch zum Anlaß seiner Klage wegen übler Nachrede nahm. Das Polizeipräsidium Mannheim bestätigte dem CDU-Bürgermeister aber tatsächlich die Zugehörigkeit Dichingers zur NSDAP. Schläfer spielte diesen Trumpf allerdings nicht gleich aus, sondern legte ihn vorerst einmal aufs Eis. Vor Gericht glaubte er mit diesem „corpus delicti“ Dichinger kalt stellen zu können, was ihm aber nicht ganz gelang, denn das Gericht sprach ein „überparteiliches“ Urteil von einer Geldstrafe von 50.- DM für CDU-Schläfer wegen übler Nachrede.

Die Bevölkerung von Neckarhausen dürfte über die traurige Rolle ihrer Prominenten und Parteigrößen allerdings nicht besonders entzückt sein, denn auch in Neckarhausen läßt die konsequente Vertretung der Interessen der Gemeinde durch die Vertreter der DVP und CDU manches zu wünschen übrig.

Büroleim gegen Rheuma

Oehringen. (lwb.) Als ein Mann aus einer Ortschaft im Kreis Oehringen über heftige Rheumaschmerzen klagte, kaufte seine Frau ein Rheumamittel und rieb ihrem Mann damit den Rücken ein. Bald darauf trat Besserung ein und die Flasche mit dem Mittel wurde auf den Schrank gestellt.

Eines Tages jedoch klagte der Ehemann wieder über heftige Schmerzen und befahl seiner Frau, die Flasche vom Schrank zu holen. Trotz heftigen Reibens stellte sich jedoch diesmal keine Besserung ein, dagegen klebte dem Mann das Bettuch und das Hemd am Rücken fest. Die ganze Familie wurde aufgeboten, ihm die Fetzen vom Leib zu reißen. Es stellte sich heraus, daß die Tochter des Ehepaars die Rheumasan-Flasche geleert und mit Büroleim gefüllt hatte.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Kreis Mannheim

Schriesheim. Freitag, 30. 6. 50, 20 Uhr Mitgliederversammlung.

Betriebsgruppe Straßenbahn. Freitag, 30. 6. 19,30 Uhr in S 3, 10 Generalmitgliederversammlung.

Pfingstberg. Samstag, 1. 7., 20 Uhr im Lokal „Pfingstberg“ Generalmitgliederversammlung.

Altlußheim. Samstag, 1. 7., 20 Uhr, Generalmitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Mitglieder-Vollversammlung. Samstag, 1. 7. 1950, 16 Uhr, im „Elefanten“. Thema: Die Ereignisse in Korea.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Handschuhsheim. Freitag, 30. 6. 1950, 20,30 Uhr in der „Pfalz“ Mitgliederversammlung. Thema: Erlebnisbericht vom 1. Mai in der Sowjetunion.

Von der Universität

Heidelberg. Der ordentliche Professor für Psychiatrie und Neurologie, Dr. med. und Dr. phil. Kurt Schneider, ist in Verbindung mit der Wahl von Professor Dr. Gerhard Heß zum Rektor der Universität Heidelberg als Wahlsenator in den engeren Senat gewählt worden.

Dr. Ludwig Gieß wurde die Lehrberechtigung für das Fach Philosophie an der Universität Heidelberg erteilt.

Mammutzahn bei Lorch gefunden

Lorch. (lwb). Auf einem Grundstück beim Stadtrand von Lorch wurde dieser Tage bei Grabarbeiten in acht Meter Tiefe ein Mammutstoßzahn gefunden. Der Zahn lag zwischen diluvialen Kies- und Schilfsandsteinschichten. Ein größeres Stück des Zahnes wurde geborgen, der Hauptteil des Zahnes steckt jedoch noch im Boden.

Der Fund wird von einem Vertreter der Naturaliensammlung in Stuttgart untersucht werden.

Heidelberger Blumenschmuck - Wettbewerb

Heidelberg. (lwb). Der Verein „Alt Heidelberg“ veranstaltet gegenwärtig in der Heidelberger Altstadt einen Blumenschmuck-Wettbewerb. Im Herbst sollen für die Häuser, die am schönsten geschmückt waren, Preise verteilt werden.

Sonnenwendfeier in Karlsruhe

Auf einer Anhöhe bei Durlach hatten sich am Samstag über 80 Freunde, in ihren blauen Hemden mit den Fahnen der FDJ und des Weltbundes der demokratischen Jugend, eingefunden, um Sonnwend zu feiern. Mit einem gemeinsamen Lied und Rezitationen zur Sonnwend wurde die Feierstunde eröffnet. Ein Vertreter des Landesvorstandes der FDJ kennzeichnete die Sonnwend als die Feier des Freiheits- und Friedenswillens der Menschen Der Sprecher brachte zum Ausdruck, daß es aber nicht genügt, sich nach Freiheit und Frieden nur zu sehnen. Er erinnerte daran, daß vor 9 Jahren, am 22. Juni 1941, Hitlerdeutschland die sozialistische Sowjetunion überfallen hat. Wir wollen uns in dieser Stunde, wo sich überall in Deutschland unsere Freunde um die Friedensfeuer versammelt haben, versprechen, alle Kraft einzusetzen um einen neuen Ueberfall auf die Sowjetunion zu verhindern und den Frieden zu erzwingen.

An vielen Beispielen zeigte der Referent die Friedensarbeit der Sowjtunion und auf der andern Seite die Kriegsvorbereitungen und die Atombombenstrategie der westlichen Kriegstreiber auf, die glauben mit dem Blut der Völker neue Milliardengewinne erzielen zu können. Darum, so führte der Sprecher abschließend aus, werden wir in dem großen Friedensaufgebot der deutschen Jugend alle Kraft anspannen und unsern Kampf um einen dauerhaften Frieden und ein besseres Leben bis zum siegreichen Ende zu führen!

Der starke Beifall nach dieser Ansprache bewies, daß sich diese Jugend nicht nur nach einem dauerhaften Frieden und einem besseren Leben sehnt, sondern entschlossen ist, sich dieses Ziel allen Widerständen zum Trotz zu erkämpfen. Nach einigen Rezitationen und Liedern wurde die Feiertunde mit dem Lied der Weltjugend und der Nationalhymne des demokratischen Deutschlands abgeschlossen. Bis spät in die Nacht saßen die jungen Freunde noch zusammen singend um das Feuer.

Am anderen Morgen wurde eine Friedensaktion in Durlach durchgeführt. Diese Aktion begann mit einer Unterschriftensammlung für den Appell von Stockholm und endete mit einer eindrucksvollen Friedensdemonstration durch die Straßen von Durlach. R. K.

Urteil zu „Westliches Sittenbild der Nachkriegszeit“

Mannheim. Gestern berichteten wir ausführlich unter obiger Ueberschrift über den Kuppelei-Prozeß vor der Mannheimer Strafkammer. Das Urteil gegen die wegen schwerer Kuppelei Angeklagte lautete auf 8 Monate Gefängnis.

Ist das noch Sportbegeisterung?

Für die Spieler des deutschen Fußballmeisters sind bei der Geschäftsstelle des VfB Stuttgart zahlreiche Geschenke eingegangen, darunter Armbanduhren, Fußbälle, Popelinemäntel, Fotoalben, Theatergläser. Der Geschäftsführer der württembergisch-badischen Totogesellschaft Dr. Schaffrath, überreichte Dr. Walter, dem Vorsitzenden des VfB Stuttgart, einen Scheck über 3000 DM. Ministerialrat Heinrich Hassinger, der beim Empfang der VfB-Elf auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof den Spielern ein Ehrengeschenk des württembergisch-badischen Ministerpräsidenten überreichen sollte, konnte sich nicht zu den Spielern durchkämpfen. Die Eisenbahndirektion Stuttgart hat der siegreichen VfB-Elf einen Sondertriebwagen für eine kostenlose Urlaubsfahrt mit ihren Frauen ins Allgäu zur Verfügung gestellt.

In den Stuttgarter und Bad Cannstätter Gaststätten wurde von Montag auf Dienstag nacht überall lebhaft der VfB-Sieg gefeiert. Die Endspielmannschaft des VfB aus dem Jahre 1935 saß noch am Dienstag morgen bis elf Uhr im Stuttgarter Stadtzentrum bei einem fröhlichen Umtrunk zusammen.

•

Sportbegeisterung ist eine schöne Sache und man wird auch Verständnis dafür haben, daß die Mitgliedschaft eines Vereins, der eine Fußbalmeisterschaft gewonnen hat, ihrer Freude freien Lauf läßt und daß die Bevölkerung einer Stadt, deren Verein einen außergewöhnlichen sportlichen Erfolg errungen hat, ihrem Stolz und ihrer Freude entsprechenden Ausdruck verleiht. Was aber schon im Vorjahre während dem DFB-Endspiel in Stuttgart und nachher beim Empfang in Mannheim zu beobachten war, geht weit über das verständliche Maß hinaus und in diesem Jahr scheint es noch drastischer zu sein. Die sogenannten Vertrags-Fußballspieler sind heute ohne Zweifel die weitaus am besten „verdienenden“ Leute. Müssen sie auch noch mit Geschenken geradezu überschüttet werden und wissen sich die Spender von Uhren, Mänteln usw. keine anderen bedürftigeren Empfänger ihrer Gaben — oder spricht auch die Geschäftsreklame dabei mit? Wie kommt der Geschäftsführer des Württemberg-badischen Fußball-Totos dazu, dem VfB Stuttgart die schöne Summe von 3000 DM sozusagen als Prämie für die errungene Meisterschaft zu schenken? Das ist ein Präzedenzfall von sehr bedenklichen Konsequenzen. Gibt es nicht noch genug Vereine im Gebiet der Sportverbände von Württemberg-Baden, die diese 3000 DM viel nötiger gebrauchen könnten? Wenn man diesen wahren Paroxismus von Feiern, Ehrungen, Spenden usw. beobachtet, dann muß man sich fragen, ob diese exstatische Würdigung einer Fußballmeisterschaft und die Vergötterung der zuweilen in ihrem Charakter und ihrem sonstigen Verhalten im Berufsleben, bei der Arbeit, durchaus nicht immer vorbildlichen Helden der Fußball-Arena nicht ein sehr bedenkliches Anzeichen bedeuten? Es dreht sich hier nicht um einen besonderen Fall, sondern um die ganze Entwicklung in der letzten Zeit. Auch früher wurden deutsche Fußball-Meisterschaften errungen, aber nicht mit einem solchen Getöse vorher und nachher, wie es jetzt gang und gäbe geworden zu sein scheint. Das hat mit Sport und mit echter Sportbegeisterung nichts mehr zu tun — das ist unsinnige Ueberheblichkeit. Der Sport soll nicht Mittel zum Zweck werden. Er soll am Rande und nicht im Mittelpunkt des Daseins stehen!

Leichtathletik-Jugendmeisterschaft

Hohe Anforderungen für Deutschlands Leichtathletik-Nachwuchs

Für die am 29. und 30. Juli in Landau stattfindenden Deutschen Leichtathletik-Jugend-Meisterschaften wurden jetzt die Mindestleistungen in den einzelnen Disziplinen festgesetzt, die für die Zulassung zu den Meisterschaftskämpfen erforderlich sind. Die Anforderungen sind gegenüber dem Vorjahr erheblich gesteigert worden und sehen bei der männlichen Jugend folgende Marken vor:

100 Meter: 11,3 Sekunden. 400 Meter: 53.5 Sek.. 1000 Meter:2:40.5 Minuten. 3000 Meter: 9:40 Min. 110 Meter Hürden: 17.0 Sek. 4×100 Meter: 46.5 Sek. Olympische Staffel: 3:55.0 Min. Weitsprung: 6,25 m. Hochsprung: 1,68 m. Stabhochsprung: 2,90 m. Kugelstoßen (6,25 kg): 12,80 m. Diskuswerfen (1,75 kg): 35 m. Speerwerfen: 45 m. Hammerwerfen: 28 m.

Weibliche Jugend: 100 Meter: 13 Sek.. 80 Meter Hürden: 14.0 Sek. 4×100 Meter-Staffel: 53.0 Sek. Weitsprung: 5,10 m. Hochsprung: 1,45 m. Kugelstoßen: 9,60 m. Diskuswerfen 30 m. Speerwerfen: 29 m.

TSV Rot badischer Handballmeister und Pokalsieger

Zum erstenmal in der Geschichte des badischen Handballsportes gewann der TSV Rot sowohl die Meisterschaft als auch den Pokal. Aus den Meisterschaftsspielen ging die Elf mit 20 Siegen, einem Unentschieden und mit einer Niederlage als Meister hervor. Die einzige Niederlage in der Herbstserie kam gegen Ketsch zustande. In den Spielen um die süddeutsche Meisterschaft war dem Badenmeister der erhoffte Erfolg nicht beschieden. Lediglich gegen den 1. FC Nürnberg glückten zu Hause und in der Noris Punkteteilungen. Dafür spielte die Mannschaft in den Begegnungen um den badischen Handballverbandspokal die erwartete gute Rolle und kämpfte sich unangefochten bis ins Endspiel durch. Dabei leistete allerdings Leutershausen wider Erwarten starken Widerstand und gab sich erst in der Verlängerung mit 17:16 Toren geschlagen.

Kleine Sportmeldungen

Eine soeben nach erfolgreichen Starts in Glasgow, Belfast und Dublin zurückgekehrte fünfköpfige USA - Leichtathletikmannschaft hatte so viel Preise gewonnen, daß sie bei ihrem Rückflug wegen Uebergewicht des Gepäcks 40 Dollar Nachzahlungen hatte.

Die Steuern, die die brasilianische Fußball-Federation während der Weltmeisterschaften an die Stadt Rio zu zahlen hat (etwa 400 000 DM) sollen den Fußballvereinen der Spitzenklasse ausgehändigt werden.

Walter-Bensemann-Jugendturnier 1951

Die Organisation des alljährlich dem Gedenken Walter Bensemanns gewidmeten Jugendfußballturniers der besten europäischen Jugendfußballmannschaften wurde für das kommende Jahr dem Karlsruher Fußballverein, dem Stammverein Bensemanns, übertragen. Das diesjährige „Walter-Bensemann-Gedächtnisturnier“ fand in Straßburg statt und wurde von Wacker Wien gewonnen.

Inserieren bringt Gewinn!

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplanänderung in der Woche vom 2. bis 11. Juli 1950

Sonntag, 9. Juli: „Die ungarische Hochzeit“. Operette von Nico Dostal. (Außer Miete.) Anfang 19.30, Ende etwa 22.15 Uhr.

Montag, 10. Juli, abends: Zu volkstümlichen Preisen (0.50 bis 3.- DM): „Die Boheme“. Oper von G. Puccini. (Außer Miete.) Anfang 19.30, Ende etwa 21.45 Uhr.

Fortschrittliche Firmen

die die Kaufkraft der Schaffenden zu schätzen wissen, inserieren im

Badischen Volksecho

Ich empfehle:

Geräucherter fetter Speck ..... 500 gr DM	1.70
Speiseöl, offen ..... Liter DM	2.20
Reines Cocosfett, 100% .... 500 gr-Tafel DM	1.24
Bratheringe n. Hausfrauenart ..... Runddose DM	-.78
Franz. marokk. Ölsardinen .... 1/4 Clubdose DM	-.90
Limburg. Käse, 20% Fett i.T. ..... 100 gr DM	-.17
Süßigkeiten:	
Saure Bonbons, versch. Sort. ..... 100 gr DM	-.25
Pfefferminzbruch i. Würfel ..... 100 gr DM	-.25
Pralinenmischung ..... 100 gr DM	-.49
Kakao, stark entölt ..... 100 gr DM	-.53
Reiner Bienenhonig, Importware, Glas 500 gr Inh. DM	1.80

Schreiber GEGR. 1850